

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchent- lich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., einjährlich 3,00 Mk. In den Abholstellen monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Einzelgenpreise:

Die 6spaltige Beilage 25 Pf., für auswärtig 30 Pf., die 2spaltige Beilage 10 Pf., die 4spaltige Beilage 15 Pf., die 6spaltige Beilage 20 Pf., die 8spaltige Beilage 30 Pf. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publications-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 32

Danzig, Sonnabend den 12. August 1916

7. Jahrgang

Triumphe der Wissenschaft

Die Wissenschaft hat das Antlitz der Erde neu gestaltet. Sumpf und Urwald bedecken das nördliche Europa, als es in die Geschichte eintrat, und machten sein Klima rau. Die Wissenschaft hat den Erdteil urbar gemacht: zuerst das Wissen der Benediktinermönche, die über die Alpenpässe wohlverwahrt das Pfropfsetz des edlen Apfels, der Weinrebe und des Pfirsichs brachten und in ihren Rodungen die ersten Obst- und Weingärten anlegten. Seither ist der Wald zurückgedrängt worden auf den mageren Boden der Ebene und der Berglehnen; unermesslich breitet sich die schollige Ackerflur von der Alpenlehne bis zu den Marschen der Nordsee: ein einziges Saatfeld, im Frühjahr eine einzige grüne Samtsäule, im Sommer ein einziges goldenes Aehrenfeld mit vielen Millionen Scheffeln nährenden Brotfrucht. Nun hat die Sonne Zutritt zur Scholle, die Nebelschwaden sind verzogen, ein gemäßigtes mildes Klima ruht über diesem Teil der Erde. Und in den letzten Jahrzehnten hat die wissenschaftliche Agrilkultur die Nährkraft der Scholle verdoppelt, aus Ackerhoden wundervolles Gartenland gemacht, neue Millionen nähren sich von dem verbesserten Boden. Der Ur aber, der Wissen und der Wolf und all das Vorzeugetier ist verbannt in Schaukäufe, an ihrer Stelle grasen auf abgeplanstem Rain viele, viele Millionen Kinder, deren Klasse die Wissenschaft verbessert, deren Ertrag sie gesteigert hat!

Witten durch die Fluren führen die weißen Straßen im geordneten Geleit hochragender Alleebäume von Siedlung zu Siedlung. Das Pfahldorf oder das Holzgehöft der Alten ist nicht mehr zu finden. Freundliche Dörfer mit gemauerten Häusern und rotglühenden Ziegeldächern stehen an den Schnittpunkten der Straßen, unter ihnen erhebt sich die Stadt mit Burg und Dom. Das letzte Jahrhundert vollends, in dem die Wissenschaft aller Fesseln ledig zur Reife kam, schuf die Dampfbahnen, die eisernen Schienenstränge, schuf den Telegraphen, schuf die Großstädte, die Millionenstädte, in denen sich die Wissenschaft ihr zyklisches Denkmal errichtet hat.

Dorthin drängt sie die Menschen, schleppt sie die Güter zusammen. Dabei genügt ihr die Ackerkrume längst nicht mehr. Sie bohrt sich ein in die Gerippe der Berge und in den Schoß der Erde. Mit erstaunlicher Flinkheit holt sie die untergegangenen, durch Erdkatastrophen verschütteten Farnwälder wieder herauf, damit der Mensch nicht bloß mit dem Holz seiner Wälder heiße, sondern auch die Wälder seiner Urahren, die Wälder der Vorzeit dazu ausnütze. Die Wissenschaft hat die Erdrinde durchforscht bis nahe an ihr lavaglüühendes Innere und holt die Erze hervor, schmelzt das glühende Metall daraus in furchtbaren Feueröfen, hämmert, walzt und streckt es mit Geräten, die von Zyklopen nicht zu heben, drehen und ziehen wären und die doch der schwachen Hand eines Menschleins mit der Pünktlichkeit einer tausendstel Sekunde gehorchen. So schafft uns die Wissenschaft alle Zurüstungen eines reichen Lebens, Kraft und Behagen, Schutz und Zier.

Weiter stürmt sie über das Land, wirft eiserne Stege über die Ströme, bohrt Straßen durch die Berge und kommt an den Rand des Festlandes: ihr ist das Meer keine Schranke. Sie hat das Einmannboot der Naturvölker zu schwimmenden Schiffskolossen weitergebildet, die ein ganzes Städtchen von Menschen ruhig über die halbe Erdkugel lassen — drüben gähende Tiefe, oben der stürmende Himmel, innen aber lauschen die Fahrer dem Schiffskonzert und lesen aus drahtlosen Depeschenn wehmütvoll die Ereignisse der Heimat, erwartungsvoll die Ereignisse des Bestimmungslandes! Und zum Schluß ihre letzten Triumphe: der kühne Flieger, der in Minuten aufsteigt in Höhen, die den Gaurisankar überragen, und das Tauchboot, das unter den unruhigen, stürmischen Wellen in Tiefen dahinfährt, die von der Laune des Luft-raumes nicht mehr berührt werden. Der Verstand in seiner gesellschaftlichen Zusammenfassung, der soziale Verstand, die Wissenschaft ist das Heil, der Segen und der Stolz des Menschengeschlechts; die Wissenschaft hat ihm Erde und Meer und Himmel dienstbar gemacht!

Nun aber frevelt die Wissenschaft wider sich selbst. Schlachten sind im Gange, die den Ackerboden, den zwei Jahrtausende Arbeit so mild und fruchtbar gemacht haben, nicht bloß niedertreten oder zerstampfen — der Geschößtrichter begräbt den Humus unter dem toten Gestein der Tiefen und das Schlachtfeld erinnert an das öde Bild der Wundland-schaften. Wege, Straßen, Alleen verschwinden unter dem Geschößhagel. Dörfer, ja Städte werden eingeebnet. Wer kennt nicht den Gefühlswert des Hauses! Zwar glauben wir nicht mehr wie die Alten, daß das Haus der Sitz der Familien-gottheiten, ihr geheiligter Tempel und der Herd ihr Altar ist. Wir vergöttern das Menschliche nicht mehr, aber wir fühlen dafür das Menschliche der Behausung nicht minder klar und

deutlich, vielleicht sogar menschlich reiner, und das mitteleid-volle Grauen einer kleinen Brandstätte ist stärker als das Grauen über die größte Naturverwüstung. Häuser, Gassen, Rathäuser, Kirchen mit tausendjähriger Geschichte wandeln sich in Trümmerhaufen, über die das Gras und Moos des zweiten Kriegsjahres seine Hülle zu ziehen beginnt. Ueber Millionenstädte streuen die Flugzeuge Entsetzen und Zer-störung, Eisenbahnbrücken aus Stahl zersplittern wie Glas, Schiffskolosse, an denen der Fleiß von Tausenden mit der Er-fahrung von Jahrhunderten gearbeitet hat, verinken in wenigen Minuten, sinken mit all den Meisterwerken der Mechanik, der Chemie, der Optik, die sie bergen. Die Wissen-schaft zerstört ihre Werke, wie Kronos seine eigenen Kinder verschlingt.

Die Wissenschaft? Aber sie ist doch nur eine Funktion des menschlichen Gehirns: der Mensch wütet gegen den Men-schen! Die Wissenschaft dient ihm stets als Waffe, im Guten wie im Schlimmen, sie ist nicht mehr als eines seiner Mittel, das sich nun gegen ihn selbst kehrt! Die Wissenschaft ist so-zialisierter Verstand: sie ist geworden durch die geistige Zu-sammenarbeit der Millionen, die nacheinander in der Folge der Geschlechter aufgestiegen sind und nebeneinander leben. In sie sind eingegangen Pythagoras und Archimedes und Newton und Watt und alle, alle andern; in ihr leben sie fort, sie ist das organisierte Gemeinwesen, in dem alle Geister ewig geworden sind, sie ist der Sozialismus des Denkens, die Republik der Geister und ihres Wesens Wesenheit ist die voll-endete Gesehung des Menschengeschlechts. Sie kennt nicht Zeit noch Ort der Herkunft, nicht Sprache und Stamm und Stand. Und solange die Menschheit in sich einig ist, solange dient ihr die Wissenschaft bloß als segensreiche Schöpferin unzähliger Güter.

Nun aber hat der Widerstreit der Interessen die Mensch-heit in getrennte Lager geteilt, ungesellig gemacht, entsoziali-siert. Und so kehrt sich die Wissenschaft auf gegen sie und sich selbst, frevelt an ihrem eigenen Wert und breitet Zerstörung über Erde, Meer und Luftreich. Und nicht früher wird ihr Rachewerk enden, als bis die Menschen wieder zueinander finden.

Friede zwischen den Sozialisten!

Genosse Troelstra hat die starke und gedankenvolle Pro-grammrede, mit der er die Konferenz der neutralen Sozialisten in Amsterdam eröffnete, mit den Worten geschlossen:

„So hebe sich diese Konferenz aus der rasenden See nationaler Leidenschaften als ein Eiland, wo noch die Internationale wohnt! Dann wird von ihr ein starker Drang ausgehen nach dem Frieden zwischen den Sozialisten, der ersten Vorbedingung des Friedens zwischen den Staaten.“

Die Worte Troelstras haben doppelt sinnvollen Gehalt. Zwischen den deutschen und den französischen Sozialisten sind seit Kriegsbeginn alle Brücken abgebrochen. In der deutschen Sozialdemokratie herrscht bitterer Streit. Und darum geht der Ruf des holländischen Genossen nach beiden Seiten: Das Ganze lammeln zu gemeinsamer Arbeit für den Frieden!

In den Augen der französischen Genossen sind wir schlimme Sünder am internationalen Sozialismus: denn unsere Abgeordneten haben die Kriegskredite angenommen. Daß wir bis zum Kriegsausbruch mit ihnen gemeinsam für die Erhaltung des Weltfriedens gearbeitet haben, geben sie zu. In den letzten Tagen vor Ausbruch der Katastrophe weihte Ge-nosse Hermann Müller als Abgeordneter des deutschen Partei-vorstandes in Paris, um womöglich ein Abkommen über die Haltung der beiden Fraktionen zu erzielen. Aber die Ereig-nisse überstürzten sich, die Aussprache blieb ohne positiven Er-folg. Seitdem — mitten im Waffenlärm — hat die deutsche Partei nie aufgehört, die französische Sozialdemokratie als Bruderpartei zu betrachten und mit ihr Fühlung zu suchen. Es war vergebens; die französischen Sozialisten erklärten, nicht mit den deutschen Sozialdemokraten zusammenkommen zu können, die die Kriegskredite bewilligt hatten.

Zwar hatten die französischen Sozialisten nicht nur gleich-falls die Kriegskredite bewilligt, sondern auch noch zwei ihrer besten Männer in die Regierung ge-schickt. Aber sie sagten und sagen noch, daß der Fall für sie ganz anders liege als für uns. Sie wäre das überfallene, Deutschland das überfallende Land. Für fast alle Franzosen ohne Unterschied der Partei ist es zum nationalen Glaubens-satz geworden, daß dieser Krieg von der deutschen Regierung geplant und herbeigeführt worden sei, um Frankreich zu zer-schmettern und eine deutsche Welt Herrschaft aufzurichten. Viele von ihnen glauben gar an die wahnsinnige Erfindung, die deutschen Sozialisten hätten diesen Plan gefasst, gebilligt und unterstützt.

Demgegenüber ist die deutsche Sozialdemokratie nie müde geworden, zu betonen, daß sie den Kampf gegen Frankreich

stets nur als eine entsetzliche Notwendigkeit betrachtet hätte. Hervorgerufen durch den Umstand, daß Frankreich mit Rus-land gegen Deutschland verbündet war, daß Deutschland vom Beginn dieses Ringens an einer ungeheuren Uebermacht gegen-überstand, der die deutschen Sozialisten nicht noch durch Ab-lehnung der Kriegskredite eine schwer in die Waagschale fallende Unterstützung zuteil werden lassen konnten. Nebenfalls seien sie — wenn, wie die „Radikalen“ behaupten, die Annahme der Kredite ein Fehler gewesen sein sollte — nicht schuldiger als die Ankläger, die französischen Sozialisten, die aus ähn-lichen Beweggründen ähnlich gehandelt hätten.

Die Aufgabe, den französischen Sozialisten einiges Ver-ständnis für die Haltung der deutschen Sozialdemokratie bei-zubringen, war schwer. Trotzdem mußte sie unermüßlich fort-gesetzt werden, weil von ihrem Gelingen viel abhing. Alle, die wollten, daß durch die Verständigung zwischen den Sozialisten der kriegführenden Länder der Friede vorbereitet werde, muß-ten sich bemühen, das falsche Bild zu zerstören, das sich die französischen Sozialisten von der deutschen Sozialdemokratie gemacht haben. Da aber setzte unglücklichweise in der deut-schen Sozialdemokratie der Bruderzwist ein! Die deutschen Abgeordneten, die die Kredite angenommen hatten, wurden aus den eigenen Reihen heraus Verräter geschnitten. Die Franzosen wurden in ihrer Abneigung, mit diesen „Verrätern“ zusammenzukommen, nun natürlich noch bestärkt.

Die deutschen Gegner der Kreditbewilligung haben sich geglaubt, für den Frieden zu wirken, in Wirklichkeit aber wirkten sie für den Krieg. Sie erschütterten die deutsche Sozialdemokratie, die starken Friedensfaktoren im Deutschen Reich. Sie schädigten zum Teil die Versuche, die Internationale wieder zu beleben. Auf dem Grabe der zweiten Internationale wollten sie die dritte aufbauen, aber dieses reine Wert sollte weder von französischen noch von deut-schen „Verräter“händen beschmutzt werden. Es sollte alles von ihm ausgeschlossen sein, was nur eine Spur von wirklichem Einfluß besaß. Anstatt der Klärung, Entspannung, Verständigung, die im Interesse des Friedens so notwendig waren, wurden nur neue Unklarheit, Spannung, Verwirrung ge-schaffen — und der Krieg raft weiter fort!

Hält man sich diesen unseligen Gang der Ereignisse vor Augen, so versteht man die Mahnung des Genossen Troelstra zum Frieden zwischen den Sozialisten als erster Vorbedin-gung des Friedens zwischen den Staaten“. Wer den sozia-listischen Bruderkrieg führt, Verständigungskonferenzen ab-lehnt, Spaltungen herbeiführt oder vertieft, der trägt nur neues Holz zu dem Weltbrande herbei, der ganz Europa zu vernichten droht. Hören wir auf den eindringlichen Mah-nungsruf Troelstras: Verständigen wir uns, ver-einigen wir uns, um gemeinsam der Sache des Friedens zu dienen!

Kriegsnachrichten

Das Ringen in Ost und West

wird mit unverminderter Heftigkeit fortgesetzt. Die opfer-reichen Kämpfe haben den verbündeten Feinden jedoch nicht entscheidende Erfolge gebracht. An der Ostfront wie im Westen halten Deutschlands und seiner Bundesgenossen Heere tapfer stand. Im Süden haben die italienischen Angriffe es den Oesterreichern geraten erscheinen lassen, den Brückenkopf vor Görz aufzugeben und über den Nonzo zurückzugehen. Die Italiener sind in die bisher heiß umstrittene Stadt Görz ein-gedrungen. Es bleibt zu hoffen, daß ihnen trotzdem wesentliche Fortschritte nicht beschieden sein werden.

Hindenburgs Oberbefehl

— Verbindung der östlichen Heeresleitungen. Während der Anwesenheit Seiner Majestät des deutschen Kaisers an der Ostfront hat in Uebereinstimmung mit Seiner Kaiserlichen und Königlichen Apostolischen Majestät eine neue Regelung der Befehlsverhältnisse dort stattgefunden, die der durch die allgemeine russische Offensive geschaffenen Lage Rechnung trägt. Unter Generalfeldmarschall von Hindenburg werden mehrere Heeresgruppen der Verbündeten zu einheitlicher Verwendung nach Vereinbarung der beiden obersten Heeresleitungen zusammengefaßt. (W. I. B.)

Schwere Verluste der Russen

Der „Lokalanzeiger“ berichtet nach der „National Tidende“ in Kopenhagen aus russischen Berichten, daß die Verluste der Russen in den letzten Wochen grauenerregend ge-wesen sein müssen. An allen zur Front führenden Bahnhöfen würden unzählige Lazarettbaracken errichtet, die mit Kranken und Verwundeten dicht besetzt seien, jedoch der Aerzte und Pfleger entbehrten. Typhus und Cholera räumten furchtbar auf. Aus dem Hauptquartier hätten alle Kommandostellen

strengsten Befehl, die Offensive mit allen Kräften trotz der Blaupfänder und Epidemien solange wie möglich vorzuführen.

Joffre über die Dauer des Krieges

Joffre teilte, nach einer Meldung des „A. L.“ aus Rotterdam, Vertretern der amerikanischen Presse folgendes mit: „Wir wissen gewiß, daß unsere Feinde ihre letzten Reserven einberufen. Es ist ihnen nicht mehr möglich, wie sie es früher taten, ihre Reserven von einem Ort nach dem anderen zu lassen. Es ist nicht meine Sache zu sagen, wie lange der Krieg dauern wird. Vielleicht vergehen Wochen, vielleicht nur kürzere Zeit, bis die endgültige Erschöpfung der Kräfte des Feindes kommt. Es ist mir sehr lieb, daß diese Erschöpfung eintreten muß. Die Feinde wissen es ebenso gut wie wir, daß der Wendepunkt bereits erreicht ist. Unser Land ist jetzt entschlossen, den Krieg siegreich zu beenden.“

Joffres Tagesbefehl

„Avas“ meldet aus Paris: Das Armeebulletin veröffentlicht folgenden Tagesbefehl des Generalstabs. Es datiert von der Republik. Unser drittes Kriegsjahr beginnt. Seit zwei Jahren trägt ihr, ohne Schwächung zu werden, das Gewicht eines fortwährenden Kampfes. Ihr habt alle Pläne unserer Feinde zum Scheitern gebracht. Ihr habt die Feinde an der Marne besiegt, ihr habt sie an der Aisne aufgehalten und sie im Artois und in der Champagne geschlagen, während sie vergeblich den Sieg in den Ebenen von Flandern suchten. Dann hat euer siegreicher Widerstand in der Schlacht von Verdun während fünf Monaten die deutschen Anstrengungen gebrochen. Dank eurer Tapferkeit und Hartnäckigkeit konnten die Armeen unserer Alliierten die Waffen schmeißen, deren Gewalt heute unser Feind an allen Fronten spürt. Der Augenblick ist nahe, wo die deutsche Militärmacht unter unserer gemeinsamen Drucke zusammenbrechen wird. Soldaten Frankreichs! Ihr könnt auf das Werk, das ihr bereits vollbracht habt, stolz sein. Ihr seid entschlossen, es bis zum Ende durchzuführen. Der Sieg ist euch sicher. e. g. Joffre.

Die Kämpfe in Ägypten

Aus London meldet das „A. L.“: Amtlicher Bericht aus Ägypten. Verschiedene Truppen sind in Fühlung mit der türkischen Nachhut sechs Meilen östlich Kafia. Zufälle auf Fort Said und Suez verursachten wenig Schaden und geringe Verluste an Menschenleben.

Der Krieg in Ostafrika

Aus London meldet das „A. L.“: Amtlicher Bericht aus Ostafrika. Smuts meldet: Der kleine Hafen Sadani wurde am 1. August von Marinestreitkräften besetzt. Andere Operationen der Marine gehen an verschiedenen Punkten der Küstenlinie voran. Generalmajor van Deventer verfolgt, nachdem er die deutsche Zentralbahn bei Kilmariende, Dodoma und Kitombo erreicht die aus diesem Gelände vertriebenen feindlichen Streitkräfte in Richtung auf Mpororo. Eine gegen Songida westlich Kondoa Truppe vordringende Abteilung geriet mit einer Abteilung des Feindes ins Gefecht. Der Feind ergab sich nach hartnäckigem Widerstand in einem Blockhaus. Brigadegeneral Korthals berichtet: In dem Gefecht in Mansangam am 24. Juli belietzen sich die Verluste des Feindes auf insgesamt 140 Mann, nicht eingerechnet die Gefangenen. Nach diesem Gefecht rückte die Abteilung Korthals auf Dodibira vor, das 30 Meilen weiter nördlich auf dem Wege nach Orangi liegt.

Eruption in Königsberg

In der Eruptionkatastrophe in Köthenstein verbreitet das leitende Generalkommando folgenden Bericht:

Königsberg, 7. August. Heute morgen 8.15 Uhr erfolgte im Königsberger Artilleriedepot Köthenstein eine Eruption russischer Munition bei der Untertage. Verunglückt, konnte es sich bei dem plötzlichen Fortlaufen des Personals bei feststellen lassen: 39 Depolarbeiter, 20 Frauen etc. Etwa 14 schwere, 58 leichte Verwundungen. Verdachtsmomente auf Spionage oder Mordat hatten sich bis jetzt nicht ergeben. Mehrfachig wurde das Feuer festgestellt. Mehrere Eruptions- und Feuergräber heiligt. Städtische Feuerwehr und Sanitätsdienst funktionierten ausgezeichnet. Vor dem Aufheben von Sprengstoffen wird wiederholt bei Größe gewarnt, wegen der damit verbundenen Lebensgefahr. (Stettin, 7. 8. 1917.)

Zur Eruptionkatastrophe in Köthenstein meldet das „A. L.“:

Königsberg, 8. August. In dem bereits gemeldeten hässlichen Unfall, der sich gestern früh in dem Artilleriedepot Köthenstein ereignet hat, werden aus noch vollständiger Stelle noch folgende Einzelheiten berichtet:

In dem Artilleriedepot erfolgte bei der Umlegung von russischen Granaten um 8.10 Uhr morgens die erste Eruption, die in der Hundertabteilung hunderttausend haben soll. Infolge des dadurch entzündeten Feuers ließ sich binnen kürzester Zeit eine weitere, nach heftiger Eruption, die bei der zweiten Explosion ohne Forderung entstand. Das Gebäude, das der Sprengstoff des Feuers war, ist vollständig vom Erdboden verschwunden. Ein Traktor von etwa 10 Meter Breite und 6 Meter Höhe stieg von der Grund der Eruption, bei der Geschwindigkeit bis 1000 Meter im Bereiche der Umkleekasse geblieben worden ist.

Das Unglück dürfte vielleicht dadurch entstand sein, daß eine der beiden beteiligten Parteien ein Schwach bei seinen Laufen, das die Ursache ist.

Da die Dauer der Katastrophe zum Teil völlig verhältnismäßig und jenseits was die Feuerschärpe weit fortgeschritten und zum Teil verhältnismäßig sind, so ist deren Verlauf zunächst noch nicht genau gegeben. Die Feuer hatte jedoch, wie bereits gemeldet, mit 30 Meter Höhe sich gehoben. In dem etwa 10 Meter hohen, die in der Mitte des Gebäudes war, wurden verschiedene Gegenstände, wie etwa eine Reihe von im Artilleriedepot hochgestellten Eisen, Feldern, Werkzeugen, Frauen und Kindern, hinz. Da nur leichte Verletzungen, Kopfverletzungen und geringere Verletzungen haben sich nach Angaben von Verbänden sofort nach ihrem Wohnort entlassen werden können.

Zusätzlich ist die verteilte Arbeit der städtischen Feuerwehr sowie des Sanitätsdienstes erwähnt. Die Erfolge der beiden beteiligten Parteien nach der Unfälle sind unterwegs, zu den auch schon lange Zeit von Autos, Militärmaschinen und Transportern mit Sanitätskräften, Krankenwagen, etc. etc.

Die Vermutung der Bevölkerung Königsbergs, die dadurch sehr beunruhigt ist, daß tausende von Menschen sich möglichst nahe an den Schauplatz des Unfalls begeben wollten, hat sich der Polizei entgegenzusetzen. Es ist zu erwarten, daß eine solche beunruhigende Folge...

Es sind von mehreren Personen... Sprengstoffe usw. die wie bereits gemeldet, durch die Gewalt der Explosion im weiten Umkreis herumgeschleudert worden waren, angeordnet und durch unvorhergesehenes Umgehen damit schwere Unfälle herbeigeführt worden.

Es ist deshalb zu erwarten, daß die Sprengstoffe nicht nur in der Gegend der Explosion, sondern auch in allen Gegenden, die von der Explosion betroffen sind, die Sprengstoffe aufzuheben sein werden. Es ist deshalb zu erwarten, daß die Sprengstoffe nicht nur in der Gegend der Explosion, sondern auch in allen Gegenden, die von der Explosion betroffen sind, die Sprengstoffe aufzuheben sein werden.

Die erforderlichen Vorkehrungen sind getroffen und wird das Publikum in seinem eigenen Interesse ermahnt, den Anweisungen der Polizei auf das genaueste Folge zu leisten.

Politische Rundschau

Deutschland.

— Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags. Mit dem 12. Januar 1917 endet die Legislaturperiode dieses Reichstages und verfassungsmäßig müßte zu diesem Termin die Neuwahlen vorgenommen werden. Daß dies nicht möglich sein wird, darüber herrscht Übereinstimmung zwischen allen in Betracht kommenden Faktoren. Unter dem Druck des Belagerungszustandes ist ein Wahlkampf eine Unmöglichkeit. Die „Kölnische Volkszeitung“, die sich gleichfalls mit dieser Frage befaßt, sagt: „Es fragt sich, auf wie lange die Legislaturperiode zu verlängern sein wird. Man wird geneigt sein, zu antworten: Solange, bis wenigstens der größte Teil der jetzt im Felde stehenden Wähler an den Neuwahlen teilnehmen kann. Auch nach dem Friedensschluß wird ein großer Teil dieser Wähler längere oder kürzere Zeit außerhalb der Grenze des Deutschen Reiches festgehalten und dadurch an der Teilnahme bei den Neuwahlen gehindert sein. Es ist aber sehr schwer, heute schon zu überschauen, bis wann unter diesem Gesichtspunkt der Termin für die Neuwahlen hinausgeschoben werden muß. Zweifellos wird man so dazu kommen, die Legislaturperiode zunächst um ein Jahr zu verlängern. Das weitere muß sich dann später finden.“ Der von der „Täglichen Rundschau“ vertretene Vorschlag, die Parteien sollten durch einen gemeinsamen Antrag die Verschiebung der Wahlen fordern, wird von dem Zentrumsblatt abgelehnt. Mit vollem Recht — es ist Sache der Regierung, dem Reichstag eine Vorlage zu unterbreiten. Die „Kölnische Volkszeitung“ ermahnt ihre Anhänger: „Namentlich ist die sorgfältige Aufrechterhaltung der Parteiorganisation in allen Zentrumswahlkreisen unbedingt notwendig und sollte nirgendwo vernachlässigt werden.“

Christliche Arbeiter für den Reichstangler

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Eine Konferenz christlicher Arbeiterführer, die Freitag in München tagte, befaßte sich nach einem Vortrag des Generalsekretärs Stegerwald mit den gegenwärtig schwebenden Fragen. Die sehr rege Aussprache ergab volle Einmütigkeit der christlichen Arbeiterschaft Bayerns mit jener Gesamt-Deutschlands zu den behandelten Problemen. Das Ergebnis der Konferenz ist dahin zusammenzufassen, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung den gegenwärtigen Treibereien gegen die Reichsleitung auf das allerentschiedenste mißbilligt und die Arbeiter warnen, mit verlockenden Scheingründen sich zum Schleppenträger der politischen Reaktionen zu gebrauchen zu lassen. Von der Reichsleitung erwartet die christliche Arbeiterchaft Bayerns, daß auch die Wünsche der Arbeiterchaft künftig in Deutschland eine angemessene Berücksichtigung erfahren.

Die konservative Danziger Allgemeine Zeitung bemerkt zu diesen Beschlüssen der christlich-nationalen Arbeiter, die in Danzig bei den Wahlen ihre Bundesgenossen sind, am 5. August unwillig:

Diese Kundgebung ist ebenso eigenartig wie ungeschickt. Haben etwa in Deutschland die Wünsche der Arbeiterchaft bisher keine angemessene Berücksichtigung erfahren? Solche Kräfte könnten wohl sein nationaler Arbeiter, geschweige denn einer ihrer ungeschicktesten Führer, behaupten. Wäsdann ist doch die christlich-nationale Arbeiterbewegung rein wirtschaftlich-politisch Natur. Wer hat jene Herren zu dem ebenso merkwürdigen wie ungewöhnlichen Abteiler in die hohe Politik veranlaßt? Es sieht so aus, als ob diese im Bereiche der „Bauerischen Staatszeitung“ zustande gekommte Befundung dem Reichstangler einen Gefallen tun soll, um von ihm Sonderrechte im Sinne ihres Schlüssels zu erlangen. Es würde aber für Herrn v. Rehmann Holweg eine beleidigende Zumutung und ungerechtfertigte niedrige Einschätzung bedeuten, sollte man von ihm erwarten, daß er sich durch derartige Ergebnisse spalten in der inneren Politik bestimmen ließe.

Die Arbeit der überlebenden und sehr verheerende Abtöpfung recht undenkbar.

Der Stuttgarter Druck des konservativen Blattes aber allgemein so stark, daß es in derselben Nummer freimütige Heße des bekannten konservativen Abg. v. Payer hervorruft, weil er in einer Versammlung des Nationalauschusses in Frankfurt am Main vor Dr. v. Lampe gegen den Reichstangler gesprochen hat!

— Zum Kriegsjahr des Alldeutschen Verbandes. Professor v. Hornow hat vor einigen Tagen eine Auseinandersetzung mit dem vordemstehenden Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, General von Göttsch, der sich dagegen erhoben hatte, Luß Hornow dem Alldeutschen Verband „Hinterlistigkeit“ zum Vorwurf machte. Der Briefwechsel ist veröffentlicht worden. Das letzte Wort hatte General von Göttsch. Dort bringen die Alldeutschen Blätter ein noch nachdrücklicher emporgeworfenes Schreiben Hornows, das wie folgt lautet:

„Ich habe den Empfang des geschriebenen Schreibens vom 22. Juli...“

mit einer Erklärung angehängt habe, ausdrücklich zurück und muß mich umgekehrt beschweren, daß Ew. Excellenz einen ungerichtetigen Vorwurf wider mich erhoben haben.“

— Die neue Kreditschleife. Die vom Reichstag in seiner letzten Sitzung bewilligten zwölf Milliarden Mark Kriegskredite werden in den ersten Tagen des September zur Zeichnung aufgelegt. Ueber die Höhe des Zeichnungskurses und über sonstige Einzelheiten sind die endgültigen Bestimmungen noch nicht getroffen worden.

Erbstiftungssteuer in Polen.

Das Generalgouvernement in Warschau hat für die besetzten polnischen Gebiete eine Erbstiftungssteuer eingeführt. Von dieser Steuer bleiben nur befreit Erbstiftungen im Werte von weniger als 1000 Mark, dauerhafte Grundstücke, wenn sie auf Personen desselben Standes übergehen, und beweglicher Hausrat. Die Steuer beträgt für Ehegatten 1%, für Verwandte in gerader aufsteigender Linie 4 Prozent, für Stiefkinder und Geschwisterkinder 6 Prozent, für andere Verwandte dritten Grades und für Verwandte vierten Grades 9 Prozent, in allen anderen Fällen kommen 12 Prozent zur Erhebung. Schenkungen an Kirchen, Klöster usw. unterliegen einer Abgabe von 5 Prozent. — In Deutschland konnte eine solche Steuer in diesem Umfange nicht durchgeführt werden, weil sie angeblich zur Zerstörung des Familienfirms führen müßte. In England, das eine sehr scharfe Erbstiftungssteuer hat, ist eine solche Wirkung nicht eingetreten, in Polen wird es auch nicht der Fall sein, so daß man nach dem Kriege wohl auch in Deutschland den seither geübten Widerstand gegen einen Ausbau der Erbstiftungssteuer aufgeben müßte.

— Verhandlungen über die Zukunft Polens. Die kürzlich unterbrochenen Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn über die polnische Frage werden, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, demnächst fortgesetzt werden, und man nimmt an, daß sie dieses Mal auch zum Abschluß gebracht werden sollen.

Das Berliner Tageblatt

war vom 2. bis 7. August verboten. Erst vom 7. August abends erschien es wieder.

— Handelsstillschiffe von Deutschland nach Amerika. Nach einer Meldung der „Newport World“ hoffe Graf Zeppelin durch neuerbaute Riesenluftschiffe, wovon zwei bereits an dem letzten Luftangriff auf England teilgenommen hätten, eine neue Handelsverbindung mit Amerika zustande bringen zu können. Wie der Kopenhagener „National Tidende“ aus Newport gemeldet wird, werde bereits Mitte August versucht werden, ein derartiges Handelsluftschiff von Deutschland nach Amerika zu senden.

Frankreich.

— Der Nationalrat der Sozialistischen Partei nahm, nach einer W. I. S.-Meldung aus Paris, mit 1820 gegen 1075 Stimmen die Priorität für den vom Minister Sembat unterstützten Beschlufsantrag Renouel an. Dieser weist die Richtung Zimmerwald-Lienthal als gefährlich zurück und erklärt jede These, die nicht entschieden das Recht des angegriffenen Landes, sich zu verteidigen, proklamiert, für antisozialistisch und betont im weiteren die Notwendigkeit, von der Regierung Erklärungen zu erhalten, in denen der Wille, einen auf Wiederherstellung des 1871 verletzten Rechtes gegründeten dauerhaften Frieden zu erlangen, bekräftigt wird.

Dänemark.

— Erweiterung des dänischen Machtbereichs auf Grönland. In einer geheimen Sitzung des Reichstages am Freitag teilte der Minister des Innern, Scavenius, mit, daß die Vereinigten Staaten den Vorschlag machten, ein Übereinkommen abzuschließen, durch das die dänisch-westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten abgetreten werden, und der dänische Gesandte in Washington durch einen Beschluß des Staatsrats vom 1. August ermächtigt sei, ein solches Übereinkommen abzuschließen, jedoch so, daß die Vereinigten Staaten gleichzeitig die Erklärung abgeben, daß sie keinen Einspruch dagegen erheben, daß Dänemark seine politische und kommerzielle Gerechtigsame von den dänischen Kolonien Grönlands auf ganz Grönland ausdehne und die Vereinigten Staaten außerdem eine Entschädigung von 25 Millionen Dollar Gold zahlen.

Volksernährung

Landwirte über die Kartoffelpreise.

Von einem kleinen Landwirt aus der Chemnitzer Umgebung ist dem dortigen Parteiblatt folgendes Schreiben zugegangen:

„Daß die Preise für die Kartoffeln entschieden zu hoch sind, erkennen wir kleinen Landwirte an. Ein Preis von 3.50 Mark pro Zentner genügt uns vollständig. Die Produktionskosten sind doch bisher ganz unmerklich gestiegen, da doch zum Kartoffelbau durchgehend nur der Dünger aus der eigenen Wirtschaft verwendet wird. Wir Landwirte wollen uns nicht auf Kosten der ärmeren Bevölkerung die Taschen füllen, um dann später einem schweren Vorwurf ausgelegt zu sein. Für eine solche Liebesgabe können wir uns nicht begeistern.“

In der Heimat dieses kleinen Landwirts fallen die Ernten nicht so reichlich aus wie in unserer Gegend, trotzdem ist er mit 3.50 Mark zufrieden. Vielleicht entgehen solche Urteile von Landwirten auch der Aufmerksamkeit des Reichskriegs-ernährungsamtes nicht.

Auch aus Witten wird die Kennerung einer Bauersfrau mitgeteilt, die „die übermäßig hohen Preise“ nicht begreifen konnte. Sie nahm sie allerdings auch, denn: Höchstpreise sind Normalpreise.

Diese Höchstpreise geben den Anlaß zu Verböcheren gegen die Volksernährung. — Aus Breslau wird geschrieben: „Wir erlauben fast unter der großen Zufuhr.“ Im Rheinland mahnt die Frühkartoffel-Versorgungsstelle, das Ausgraben der mittelfrühen und Spätkartoffel zu unterlassen, noch nicht ohne Grund. Und warum begeht man solche Verböcheren an der Volksernährung? Um den hohen Höchstpreis aufzufüllen.

* Kartoffeln in Gefahr! Während die Groß-Berliner und wohl auch die weitere Bevölkerung sich bereits im Februar vergeblich nach ein paar Pfund Kartoffeln die Beine abließ, und

Aus den russischen Kämpfen

Schreibt uns Genosse Artur Brill die unten folgenden Briefe. Das unvorstellbare gemaltige Ringen, in dessen Gefechtsphasen sie erkrankten, schildert der Kriegsberichterstatter W. C. Gornoff am 31. Juli in der Nummer 586 der Berliner Täglichen Rundschau, die uns von Brill aus dem Felde geschickt wurde, in seiner dramatischen Furchbarkeit wie folgt:

Auch die Unternehmungen der im Norden vor Riga kämpfenden Truppen haben trotz Masseneinsatzes nichts erreichen können. Kuropatkin fand auch dort eine nicht zu durchstoßende Sperrmauer und kann als einzigen Gewinn, ebenso wie Generalissimus Ewert, der Kommandeur der russischen Westfront eine Summe von verlorenen Truppen buchen, die durch ihre Zahlengröße selbst noch in dem an Menschen überreichem Rußland einen Eindruck machen muß. Jedenfalls haben in allen diesen Kämpfen die Zahlenübermachten wiederum nicht den Sieg erringen können.

Millionen haben Tausende angegriffen.

Ihre Bemühungen waren zwecklos. Gegen Kautasier, Sibirier, Turkestanen, europäische Korps und die voll eingesetzten Mannschaften der Transamur-Kolastendivisionen stand unser Boll zur Ehre der deutschen Waffen.

Es sind schwere Stürme gewesen, die er aushielt, und zu den heißesten Tagen seit den Kämpfen vor Baranowitschi gehören die gewaltigen russischen Angriffe im Raum vor Goro-ditschke. Ungeheure artilleristische Kräfte waren vom Feind zusammengezogen worden. Ein Trommelfeuer deckte einen Abschnitt von fünf Kilometern so ein, daß die Stellungen vollkommen eingeebnet wurden. Und als die stürmenden feindlichen Massen den Durchbruch nicht schafften, wurde der Angriffsraum sogar auf drei Kilometer Breite verringert und alles Feuer auf diesen kleinen Abschnitt vereinigt. Hier saßen viel Berliner darunter, die in wilder Kampflust auf die zerstückelten Reste der Stellungsbefehlsführung sprangen und den anstürmenden Feind mit einem mörderischen, in der Ruhe überlegenen Schützenfeuer und den sich heiserarbeitenden Maschinengewehren empfingen. Sie verwandelten das Sturmfeld der Russen, eine Wüste.

in eine große Leichenwahn.

Achtmal rannte der Feind zäh und erbittert gegen den kleinen Abschnitt an. In Gruppentorheiten trieb er seine Mannschaften vor. Was nicht im Sperrfeuer der Artillerie, im Abwehrfeuer der Schützen fiel und bis in die deutsche Linie vordrang, wurde im Nahkampf erledigt. Handgranaten und Gewehrpatronen haben zusammen mit den Schanzspaten die blutige Arbeit verrichten müssen, um die Linien vor den Massenangriffen halten zu können. Furchtbare Stunden, schlimme Tage sind es gewesen. Standhafte Männer, prächtige, junge Burschen eines nervenstarken Geschlechts haben den Feind sein Antürmen leid werden lassen. Sie haben, wie sie mir heute mit hellen Blicken selber sagten: „Dem Rußbi bis zum Hören- und Sehenlernen das Leder gegerbt.“

Erfreulich gering sind unsere in den schweren Kämpfen erlittenen Verluste. Trotzdem unsere Infanterie seit Wochen in einem Graben lag, der durch die fortgesetzten Gefechte vor den Hauptangriffen nur behelfsmäßig ausgebauter Unterstände bekommen konnte, und sie sogar nach dem ersten Eintrommeln der Stellung zum Teil nur

in Granatrichtern sich Deckungen schaffte,

hielten unsere Truppen stand. Im Hauptangriffsraum standen die Verluste überhaupt in keinem Verhältnis zu der gewaltig entfalteten Tätigkeit der russischen Artillerie, die schätzungsweise 30 000 bis 40 000 Schuß aller Kaliber auf die deutschen Linien trommelte. Unsere so geringen Verluste konnten denn auch noch mehr dazu beitragen, die glänzende Stimmung der Leute zu heben. Ich hatte heute Gelegenheit den Kommandeur des 1. Bataillons dieses Regiments zu sprechen, das die Kampfstage ohne Ablösung durchgemacht hat. Er war des Lobes und Dankes für seine Mannschaften und Offiziere voll. Er rühmte die zähe Standhaftigkeit, die Sicherheit und das Vertrauen der Leute und die wundervoll selbständig wirkende Entschlußkraft der Unterführer. Vor solchen Menschen voll Willen und Unverbrauchtheit muß die Kraft des Feindes zerschellen.“

Aus diesen Schlachten schreibt nun Brill:

Rußland, den 21. Juli 1916.

Werter Freund!

Meinen Brief — Nummer 30 der Volkswacht — wirst Du höchstwahrscheinlich erhalten haben. Wir zogen gestern Nacht auf drei Tage in den Reservergraben, dann geht's wieder auf 3 Tage weiter nach vorne bis 9 Tage um hin, um wieder auf 3 Tage in Ruhe zu kommen. Der Regen hält noch immer an. Gestern regnete es fast in Strömen, so daß man zuhause keinen Hund nicht ausgeht hätte, wollte man ihn nicht befeuchten lassen. Aber uns hält nichts ab. Wir mußten doch die andere Kompanie ablösen, die mit Sehnsucht die Ablösung erwartete, die ihr zu gönnen war. Trotzdem die Unterstände, in denen sie in Ruhe ziehen, die reinen Tropfsteinhöhlen sind. Denn regendicht sind sie nicht. Die Destrierer, die die Unterstände gebaut, haben nicht, wie es von uns Deutschen gemacht wird, die Decke mit Dachpappe belegt und dann erst die Erdschicht heraufgeworfen. Sie haben die Holzlage sofort mit Erde belegt, die nun nicht wasserdicht halten kann. Außerdem befinden sich in den Unterständen Tausende von Fliegen, die einem keine Ruhe lassen. Die Gräben sind durch den Regen nicht besser geworden, sondern haben sich weit, weit verschlechtert. Aber alles wird gerne ertragen, um das Ziel unserer Gegner nicht verwirklichen zu lassen und um das Kriegsende so schnell als möglich zu bringen. Von sehr vielen Kameraden meiner Kompanie, die wissen, wer ich bin und die gehört haben, daß am 31. Juli die Sozialisten der neutralen Länder einen Kongress abhalten, bin ich gefragt worden, ob der Kongress uns nicht den lang gewünschten Frieden bringt? Ich mußte darauf antworten, daß dieser Kongress ja einen gewissen Einfluß ausüben kann, aber das Erwünschte doch nicht so plätzlich bringen könne, denn so weit reiche seine Macht noch nicht. Und dann legte ich auseinander, daß sie jetzt alles ertragen können, im Frieden über Verfassungen und den Arbeiterorganisationen

fernsehen, die doch darauf hinarbeiten, den Krieg zu verhindern. Ich heiße es durchsetzen und dann in Zukunft so zu handeln, wie man es jetzt gelernt hat, um die Menschheit vor einem solchen Weltentgehen zu schützen. Die Rede des Genossen Scheidemann, die Du mir durch die Breslauer Volkswacht hast zukommen lassen, hat die Kunde gemacht und wird von den Lesern als richtig anerkannt. Abwarten bei deutschen Sozialisten sich nun nicht einig sein in ihrem ganzen Verhalten? Ich bin der Meinung, daß dann das erwünschte Ziel, das die gesamte Menschheit haben will, viel schneller zu erreichen sein würde. Denn beide Richtungen wollen doch den schnellen Frieden. Aber wenn die Minderheit über Deutschland so berichtet, wie Adoff Hoffmann nach englischen und französischen Zeitungen in Athenhal berichtet hat, dann wird der Krieg nicht verkürzt, sondern verlängert! Bei allem, was man jetzt macht, muß die Vernunft entscheiden und nicht das Herz. Vielleicht wird der Kongress mit dazu beitragen, daß der Wählpruch: „Proletarier aller Länder vereinigt euch, wieder Einzug hält, auch bei den Sozialisten der uns jetzt feindlichen Länder. Dann werden wir auch bald ans Ende dieses Menschenmordens sein. Vom deutschen Parteivorstande ist die Friedensliebe schon mehr als einmal betont worden; nur von den Genossen der anderen Länder fehlt uns diese Erklärung. Ich verstehe dies. In den anderen Ländern sind führende Genossen in die Ministerien eingetreten. Sie tragen nun für die Verlängerung des Krieges die Verantwortung, und fürchten die Abrechnung, die das Volk halten wird. Denn das Volk wird sagen: daß wir von bürgerlichen Regierungen belogen werden, wissen wir; aber ihr, unsere Vertrauensmänner, waret verpflichtet, uns die Wahrheit über die Kriegslage zu sagen. An eine vollständige Niederlegung Deutschlands kann ein Mensch mit klaren Sinnen nicht denken. Das ganze ist jetzt nur noch ein unnützes Blutvergießen, für das wir die Sozialisten des Verbands mit verantwortlich machen müssen. Während ich diese Zeilen schreibe, hallen trotz des Regens einige Kanonenschüsse.

Rußland, den 30. Juli 1916.

Werner Freund.

Nachdem am 24. Juli der Regen anhält, begann der Rußbi am 25. morgens 8 Uhr ein Artilleriefeuer, das zum Trommelfeuer ausartete und 11 Stunden dauerte. Danach unternahm er des abends mehrere Angriffe in mehreren Linien, die aber unter für ihn schweren blutigen Verlusten abgewiesen wurden. Am 26. gegen Morgen, unternahm er nochmals einen Angriff, der wiederum abgewiesen wurde. Dann war es am 26. mit Ausnahme eines kleinen Artilleriefeuers, ruhig. Wir dachten, der Rußbi habe genug Menschen geopfert und würde sich an dieser Stelle zufrieden geben, weil er die Aussichtlosigkeit seiner Angriffe einsehen mußte. Wir hatten uns aber in dieser Annahme geirrt. Am 27. begann er wieder ein 14stündiges Artilleriefeuer, Trommelfeuer, und griff abends mehrere Male mit verstärkter Masse in mehreren Linien an, die sämtlich abgewiesen wurden, wieder unter sehr schweren blutigen Verlusten für die Russen. Ebenso vergeblich war der Angriff am 28. bei der Morgendämmerung. Ob er nun nochmals angreifen wird, bleibt für uns ein Rätsel. Die Russen scheinen liegen wie gefaltete Karten. Wer eine solche Schlacht nicht mitgemacht hat, kann sich kein richtiges Bild davon machen. Daß ein solches Feuer, wie wir es an den zwei Tagen mitgemacht haben, auf die Nerven fällt, ist erklärlich. Man sitzt zusammengekauert und wartet nur noch auf den Helldentod. Jeder hat mit der Welt abgeschlossen und denkt, aus diesem Feuer nicht mehr herauszukommen, denn von den nach tausenden einschlagenden Geschossen kann ein oder das andere seinen Tod bringen. Während des Feuers werden lustige Lieder gesungen und Witze gerissen; gerade so, als wenn man sich im vollsten Frieden befindet. Man achtet gar nicht auf die Gefahr, die einem droht und nimmt es so, als wenn es gar nicht anders sein kann. Während des Feuers sind öfters die Telefonleitungen zerstoßen, die geflickt werden müssen, um ständig die Verbindung aufrecht zu erhalten. Dies glückt nicht immer. Knapp hat man auf einer Stelle geflickt, so ist die Leitung auf der anderen Stelle schon wieder zerrissen. Aber versucht muß doch werden, sie in Ordnung zu halten, auch beim heftigsten Feuer. Jeder muß seinen Mann stehen. Ich hätte noch nicht geschrieben, meine Zeit ist sehr knapp bemessen. Aber ich wollte Dir noch meinen frisch gewordenen Eindruck mitteilen. Mögen die Minderheitsbefürworter doch endlich einmal ihre Agitation beschauen und überlegen, ob sie uns, die wir sämtliche Strapazen und Opfer bringen, nutzen oder schaden! Auch für sie bringen wir die Opfer, um ein starkes Deutschland bestehen zu lassen. Es ist nicht so, wie mancher sich das Leben im Schützengraben vorstellt. Während dieser ganzen Zeit haben wir sehr wenig warmes Essen bekommen, denn die Küchen können nicht ranntommen. Alle können auch nicht zur Küche gehen und die wenigen, die gehen, müssen Essen und Trinken für den ganzen Tag heranschaffen. Da der Weg sehr weit ist, ist das Essen, wenn wir es bekommen, zum größten Teil schon kalt.

Für unser tapferes Verhalten am 25. haben wir vom Generaloberst v. Bönisch, unter dessen Kommando wir augenblicklich stehen, vom Divisions-, Brigaden- und Regimentarkommandeur Anerkennungen bekommen. Ich habe sie wirklich:

„Den heldenmütigen Truppen, die viele Tage in Schmutz und Regen ausharrten, um gestern und heute Nacht die starken feindlichen Angriffe des russischen 35. Korps und des 3. kaukasischen Korps glänzend abzuwehren, spreche ich meinen wärmsten Dank und volle Anerkennung aus.“

Den Wortlaut der anderen Anerkennung teile ich ein anderemal mit.

Konferenz der neutralen Sozialisten

Zur Eröffnung der neutralen Sozialistenkonferenz hielt Genosse Troelsstra eine Rede, über die aus dem Haag berichtet wird:

Schon von Anfang des Krieges an hat das Exekutiv-Komitee versucht, als Friedensvermittler zwischen den Parteien der Internationale tätig zu sein. Die nationalen Antagonismen (Gegensätze) waren aber bis heute noch zu stark. Es erwies sich sogar unmöglich, alle Parteien der kriegführenden Länder zu Privatkonferenzen mit dem Exekutiv-Komitee zu bewegen. Es war namentlich die französische Partei, die, solange französischer Boden von den Deutschen besetzt sei, jede auch indirekte Unterhaltung mit der deutschen Partei ablehnte und sich von

diesem Standpunkt nicht abbringen ließ. Der inzwischen von mehreren angeschlossenen Parteien gestellten Forderung, eine vollständige Bureaufsichtigung einzuberufen, hat das Exekutiv-Komitee nicht nachgegeben. In der Erwägung, daß es miflungener Versuch nur vom Unheil sein könnte. Wir hoffen aber, daß es dieser Konferenz gelingen werde, die Bedenken gegen eine sofortige brüderliche Aussprache zwischen den Vertretern der durch die Politik ihrer blügelichen Regierungen geschiedenen Bruchparteien zu beseitigen.

Zweifellos wird der Krieg eine gründliche Diskussion dieser Fragen zur Folge haben. Über ich glaube, daß sie nicht auf Sonderkonferenzen einiger Gruppen und Parteien zu lösen sind, und eine Stellungnahme noch zu verfrüht ist. Wenn die Zeit dazu gekommen sein wird, wird die Internationale die Unzerstörbarkeit ihres Wesens eben dadurch zeigen, daß sie ihre Tätigkeit den neuen Verhältnissen anpassen und auch dort, wo die Meinungen auseinandergehen, die Einheit wahren wird. Wenn das, was wir in jahrzehntelangen Kämpfen an sittlicher und intellektueller Erhebung, proletarischer Machtbildung, politischer Einsicht und Taftkraft in den arbeitenden Klassen- erungen haben, in den Stürmen des Weltkrieges nicht zugrunde gehen soll, ist es unbedingt notwendig, die Einheit und das gegenseitige Vertrauen in den führenden Kreisen so gut wie nur möglich zu wahren.

Wir verstehen die Chauvinisten und auch die Schwäche der Regierungen und der gemäßigten bürgerlichen Parteien ihnen gegenüber. Aber die Sozialdemokratie darf den herrschenden Klassen nicht blindlings auf den Weg zum Verderben folgen, sondern muß in jeder Phase des Krieges die Frage seiner Fortsetzung mit Hinblick auf seine Aussichten und auf die wirklichen Volksinteressen prüfen und wir sind der festen Überzeugung, daß eine derartige Prüfung im jetzigen Augenblick dazu führen muß, daß die sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder ihre Freiheit gegenüber den eigenen Regierungen und bürgerlichen Parteien zurückerlangen und sich miteinander über die Herbeiführung eines dauernden, d. h. auf den Hauptforderungen des internationalen sozialistischen Friedensprogramms aufgebauten Friedens verständigen.

Dieses Programm, beruhend auf der Resolution des Internationalen Sozialistischen Kongresses von Kopenhagen (1910) ist während des Krieges von den französisch-englisch-belgischen Parteien in London, von den österreichisch-deutschen Parteien in Wien, und von den skandinavisch-holländischen Parteien in Kopenhagen bestätigt worden. Dieses Programm von 1910 verpflichtet die parlamentarischen Vertretungen der sozialistischen Parteien zu wirken für:

„Obligatorische Schlichtung aller Konflikte zwischen den Staaten durch internationale Schiedsgerichtshöfe; fortwährende Arbeit in der Richtung der allgemeinen Abrüstung und vor allem für den Abschluß von Uebereinkommen zur Beschränkung der Rüstungen zur See und zur Abschaffung des Brisenrechts; Abschaffung der Geheimdiplomatie; Autonomie der Völker und ihre Verteidigung gegen jede Vergewaltigung und Unterdrückung.“

Dieses Friedensprogramm kann schwerlich seine Durchsetzung von der Kriegsgewalt einer der kämpfenden Parteien erwarten, sondern nur von der Erkenntnis, daß der Krieg selbst sich überlebt hat, dank der Vervollkommnung der Technik und infolge der Staaten-gruppierungen, die keinen Sieg ohne den eigenen Ruin zulassen. Kein dauernder Frieden also auf der Basis der „Kriegstarke“ oder der „Vernichtung des deutschen Militarismus“. Der Militarismus aller Staaten soll vernichtet werden. In allen Ländern fordert man Garantien und einen Frieden, der das vergossene Blut wert sei. Welcher Friede aber könnte bessere Garantien geben und das vergossene Blut besser vergessen als einer, der den Krieg endgültig beseigt?

Alle Regierungen haben in dieser Kriegszeit die Notwendigkeit kennen gelernt, von der sozialistischen Arbeiterbewegung unterstützt zu werden. So soll unter anderem die Sozialdemokratie zur aktiven Teilnahme an der Feststellung der Friedensbedingungen herangezogen werden. In den Ländern, wo sie einen Teil der Regierung ausmacht, kann dies der Fall sein, namentlich wenn sich die Vertreter der Partei in der Regierung nicht dazu hergeben, die Regierung mit ihrer Verantwortlichkeit zu decken, wenn diese sich in einer dem sozialistischen Willen entgegengekehrten Richtung bewegt, aber auch die aktive Mitarbeit der Parlamente und aller darin vertretenen Parteien ist unbedingt zu fordern und die Delegationen der Regierungen zum Friedenskongress in Ländern mit großen sozialistischen Parteien sollten auch sozialistische Vertreter enthalten.

Ich weise ferner auf die dringenden aktuellen Fragen der geplanten handelspolitischen Bündnisse, der Steuerpolitik, der Kolonialpolitik auf die Frauenfrage u. a. hin, die die Notwendigkeit der baldigen Wiederaufnahme der gemeinsamen Beratung der sozialistischen Parteien zeigen.

Ich weisse nicht daran, daß die Parteien auf einer sozialistischen Friedenskonferenz auch zu einem Einverständnis über die noch strittigen Punkte kommen werden. Die sozialistischen Parteien aller Länder haben von Anfang an ihre Annexionspolitik abgewiesen. Die französische Partei hat sich auch gegen jenen Beschluß der Pariser Wirtschaftskonferenz ausgesprochen, der die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges gegen die Zentralmächte im Frieden bezweckt. Von den Verhandlungen der Vertreter der österreichischen und deutschen Sozialdemokraten habe ich den Eindruck empfangen, daß sie ein Bündnis nicht zur wirtschaftlichen Befähigung der Ententeländer, sondern zur Erleichterung des Verkehrs zwischen beiden Staaten anstreben; ich gebe indes zu, daß hier eine Gefahr besteht und begrüße die Gelegenheit, die uns diese Konferenz bietet, uns über diese Pläne und über die Handelspolitik, die sich aus dem Friedensprogramm der Internationale ergibt, auszusprechen.

Parteienossen! Als Sozialisten der neutralen Länder haben wir nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht, ohne Leidenschaft und ohne irgend eine Partei der Internationale die Notwendigkeit der Aktion für den Frieden zu vertreten. Sichertlich haben wir alle unsere Sympathien und Antipathien, aber in unseren Herzen lebt die Idee der Internationale gebietend fort und darum haben wir auch das Recht darauf, von den streitenden Parteien gehört zu werden. So hebe sich diese Konferenz aus der rasenden See der nationalen Leidenschaften als ein Uferland, wo noch die Internationale wohnt! Dann wird von ihr ein starker Drang ausgehen nach dem Frieden zwischen den Sozialisten, der ersten Vorbedingung des Friedens zwischen den Staaten.

Der letzte Konventionstag brachte die einstimmige Annahme Monarchischer und parlamentarischer Beschlüsse. Die Monarchisten lehnen den Verfassungsentwurf ab und fordern vollen Freiland. Der parlamentarische fordert erhöhten Kampf für politische Macht und Kolonialverträge. Er erklärt die gemeinsame Widerstandslinie einer Kriegsgruppe für zureichend und unwandelbar. Sie fordert die Parteien zur Verständigung auf Grund des sozialistischen Friedensprogramms auf und erwartet die Bereitschaft der deutschen Partei, mit der französischen zu beraten. Die Partei soll überall direkte Teilnahme am Friedensschluß erwirken. Die Konferenz bewirkt Spaltungsarbeiten. Sie diktiert, daß die Erklärung die Hoffnung abgibt, solange ein Teil sich an der Beschädigung weigert. Sie erklärt sich für Einberufung einer Volksversammlung.

Danziger Nachrichten

Obbahn-Jetz und Schichau-Erfolg.

Ueber diese beiden wesentlichen Fortschritte der Danziger Arbeiterbewegung schreibt ein selbstgrauer Funktionär des Metallarbeiterverbandes, Genosse E., seiner Organisation aus Lihau in Rußland:

Du wirst Dich wohl wundern, daß Du von mir nach so langer Zeit einige Zeilen erhältst. Wie ich aus der Volkswacht gelernt habe, kann ich nicht unterlassen, Dich zu dem großen Erfolge bei J. Schichau zu gratulieren. Möge es weiter auf der erfolgreich beschrittenen Bahn vorwärts gehen, damit wir den Betrieb, der unser Schicksal bestimmt war, mit anderen Augen ansehen können. Ich habe hier viele Frauen und Mädchen gesprochen, deren Angehörige wegen der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei lebenslang nach Sibirien verbannt sind. Du wirst es mit mir fühlen, wie sich das Ganze des Kampfes gegen solche Unterjochung aufbäumt. Und die Schergen des Jaren, die Andersdenkende nach Sibirien in die Verbannung schickten, sollen uns „vom deutschen Loch“ befreien? Auf die Eroberung der Obbahn könnt Ihr, liebe Kollegen, stolz sein. Ihr habt dadurch mehr geschafft, als durch fünf Jahre Agitation."

Wintergarten

Herr Conrad Leitner, der im Wintergarten durch seine Experimente Aufsehen erregt, vereinbarte mit Herrn Reimann, Hundegasse 23, eine Wette. Objekt ist eine Flasche Marhandel 00. Diese wird unter Bedingungen, die in beiderlichem Beisein verpackt wiedergegeben werden, irgendwo in Danzig verkauft. Herr Conrad Leitner wird sie mit der ihm eigenen Fähigkeit wieder zu geben. Blüht es ihm nicht, so zahlt er an die Kriegshilfe 500 Mark. Die Wette wird am Sonntagmittag ausgezogen und das Ergebnis abends im Wintergarten verkündet.

Deutsche Kriegsausstellung Danzig 1916 in der Sporthalle.

Die Ausstellung wird reich an eigenartigen, zum Teil noch nirgends gezeigten Kriegsmaterial sein. U. a. ist mit dem Oberkommando Ost, das am 4. August einen besonderen Vertreter herüber geschickt hatte, die Vereinbarung getroffen worden, daß der Ausstellung eine Presseabteilung angegliedert sein wird. In dieser sollen, soweit Interesse vorhanden sein wird, auch Kriegszeitungen von der Ostfront — die einzelnen Armeegruppen, oftmals sogar die einzelnen Armeen, haben meistens ihre eigenen besonders hergestellten und in ihrem Bereich redigierten Frontzeitungen, eine in diesem Kriege in dieser Art zum ersten Male auftretende Erscheinung — den Besuchern dargeboten werden.

Ferner wird zum ersten Male den Besuchern das an der Ostfront schon seit langem hergestellte und in Umlauf gewesene Rotgeld gezeigt werden.

Der Silberhahn des Serbenkönigs Peter, der das Graudanziger Infanterie-Regiment Nr. 129 erbeutete, wird, mit Zustimmung des Generalstabmarschalls von Madensien, ebenfalls ausgestellt werden.

Artistenlagen.

Das amtliche Fachblatt „Das Programm“ berichtet in seiner Nr. 748 vom 6. August über eine am 28. Juni in Berlin abgehaltene Versammlung der internationalen Artistenlage. Darin fanden sich folgende Mitwirkende:

Es ist der Lage mangelhaft worden, daß den Künstlern sehr häufig Engagements für den Wintergarten in Danzig um die jetzt beschwerdenermaßen zu verantworten mit dem Hinweis angeboten werden, daß das ganz nahe gelegene Joppot ein mährisches Paradies an Sommerfrische sei. Um zu verhindern, daß sich weitere Künstler in ungenügender Anzahl dorthin begeben, ist es notwendig, daß die Angehörigen nach Danzig angeworben werden. Es ist darauf aufmerksam gemacht, daß dort die Verhältnisse für Wohnung und Lebensunterhalt ganz außerordentlich hart sind. Auch die regelmäßige Besuche des Bades Joppot von Danzig aus sind nicht unerheblichen Kosten verbunden.

Die Konzeptionsarbeiten wurden mit in dem Sinne, der in der Versammlung erörtert wurde, nicht betrachtet. Die übrigen Angehörigen des Bedarfs kann aber wohl nur jemand als parallel geschaltet haben, der so praktisch wie im geordneten Sinne. Es wäre daher merkwürdig, zu erfahren, wer die behauptete Aussagen erteilt hat.

Sonderverläufe

Demnach erweisen sich neue Sonderverläufe, durch die es möglich sein muß, unbekanntes Verhalten zu erweisen. Diese sind, kann durch Vermittlung des Sonderverwaltenden Generalkommandos bei der Kriegsgeheimstelle eingereicht werden.

Stadtbahn und Bürgererschaft

Der Kampf um die Stadtbahn als einzige Danziger Leistung gegen die Monarchisten und die Forderung der Gewerkschaften wurde bei dem am 9. August im Rathaus abgehaltenen öffentlichen Verhandlungsgespräch, dessen Vorsitz Herr Dr. Grünspan übernahm, zum Ausdruck gebracht. Die Stadtbahn ist ein Projekt, das die Danziger Arbeiterbewegung seit langem verfolgt. Die Stadtbahn wird die Danziger Arbeiterbewegung zur größten Leistung in Danzig machen. Die Stadtbahn wird die Danziger Arbeiterbewegung zur größten Leistung in Danzig machen. Die Stadtbahn wird die Danziger Arbeiterbewegung zur größten Leistung in Danzig machen.

verursacht. Stadts. Kamalki hat darum bereits am 9. Mai eine Anfrage an den Magistrat gestellt, in welcher Weise er die Bürger gegen die unbegründete Erhöhung schützen möchte. Verlässliche Gründe verhindern den Antragsteller, weitere Schritte in der Angelegenheit zu tun. Darum erfolgte die Beratung in der Stadtw. arbeiterversammlung erst verspätet. In der Verhandlung gab es nur eine Stimme der Beurteilung gegen die Verteuerungsbestimmungen und das sonstige Aufstreifen der Straßenbahn-Aktiengesellschaft. Die Stadtw. Fuhrwerksverwalter Rabowski und Bankdirektor Warg, die formell für die Gesellschaft eintraten, belasteten sie noch mehr als die Gegner. Auf die Idee ist nicht einmal die Gesellschaft gekommen, die Verteuerung, wie Marx es tat, mit der Berufung auf die Aktionäre, die als arme Rentiere und Besitzer russischer Papiere keine Zinsen erhalten, zu verteidigen. Es war vielleicht der glücklichste Moment in der Rede Kamalkis, als er diese Ansicht abwies. Nach weniger gelang die Verteidigung der Gesellschaft vom Magistrat. Die Erklärung des Stadtrats Dr. Ewert, daß der Magistrat wegen des Vertrages nicht einschreiten könnte, hätte wohl niemand erwartet. Was nützen denn alle Verträge, wenn sie nicht einmal eine Schutzbestimmung gegen unbegründete Preissteigerungen enthalten? Wenn die Bürgererschaft in dieser Entschuldigung eine Beschuldigung des Magistrats erblickt, so ist das nicht unsere Sache. Bemerkenswert war auch die Mitteilung des Redners, daß die Gesellschaft an drei Schaffnerinnen nur den Lohn zahlt, den sie zwei Schaffnern gibt. Schließlich gehört auch auch das Personal der Straßenbahn zur Danziger Bürgererschaft. Da hätte der Magistratsvertreter wohl auch die Frage aufwerfen können, ob auch die Verteuerung der Arbeit in gleicher Weise erfolgt. Wir haben aber unbestritten mitteilen können, daß die angebliche achtstündige Arbeitszeit der Schaffnerinnen nicht selten auf zwölf Stunden ausgedehnt wird. Im übrigen haben sie genau die gleichen Berechtigungen, wie die männlichen Schaffner auszuführen. Der wunderbare Vertrag zwischen Stadtgemeinde und Straßenbahngesellschaft enthält aber selbstverständlich gar keine Schutzbestimmungen für das Personal. So ist es in Danzig eben normal. Mit besonderem Interesse wurde den Ausführungen des Stadtrats Zimmermann, des Deputierten für das städtische Elektrizitätswerk, entgegengehalten. Stadts. Kamalki hatte, wie wir das schon früher taten, darauf hingewiesen, daß Zimmermann dem Aufsichtsrat der Gesellschaft, mit Zustimmung der Stadtverordneten, angehört, um dort die Interessen der Stadt zu wahren. Er sprach auch sehr sachkundig von der Beschaffung neuer Motoren. Von seiner Tätigkeit oder Untätigkeit im Aufsichtsrat äußerte er jedoch kein Wort! Das Urteil der Bürger darüber sollte ihm doch nicht so gleichgültig sein.

Stadts. Kamalki führte zur Begründung seiner Anfrage aus: Die Bestimmung des Verhaltens der Straßenbahngesellschaft sei noch zweifelhaft, obwohl er nach Kenntnis der Verhältnisse kaum hoffe, daß Beratung eintraten werde. Die Straßenbahn hätte zunächst Schwierigkeiten durch den Krieg. In zwei Jahren sei aber nichts erheblich gebessert. Bei gutem Willen hätte das möglich sein müssen. Vielleicht liege es aber auch an der ungenügenden Entlohnung des Personals. Bei guter Bezahlung würde, wie behauptet wurde, besseres zu haben sein. Der Abkommenspreis sei von der Gesellschaft um 25 Prozent erhöht. Beim Einzelpreis sei dies wegen des Vertrages nicht möglich gewesen. Die Steuer, die die Gesellschaft dadurch erhebe, müsse in der Hauptsache vom wertvollen Kreisen, Kaufleuten, Beamten und Arbeitern, getragen werden. Die Haltenzeit der Straßenbahn liege in Langjahr für einen Teil des Ortes ungenügend. Dies nütze die Gesellschaft aus. Der Notwendigkeit der Preissteigerung widerspreche der letzte Geschäftsbericht. 70.000 Mark Nettoneinnahme hatte sie im Jahre 1915 gegen 1914. Sie beförderte zwei Millionen Personen mehr als im Vorjahre. Es sei nicht zu billigen, daß man aus einem Verkehrsunternehmen überfüllung ein Wasserinstrument mache. Die Wagen seien fast ständig überfüllt. Die dagegen angelegten Plakate mit der behördlich bestimmten Höchstbesetzung seien fast ironisch. Die Behörden müßten die Durchführungen solcher Bestimmungen doch kontrollieren. Der Zustand der Wagen sei so, daß man sich wundern müsse, heil nach Hause zu kommen. Es vergehe kein Tag, an dem nicht eine Kollision oder sonst ein Ereignis erfolge. Der schlechte Zustand des rollenden Materials erhöhe die Verteuerung nicht. Die Gesellschaft verweise 6 Prozent Dividende bei starken Rückstellungen und Abschreibungen. Auch die Hausbesitzer in Langjahr hätten ein Interesse an normalen Fahrpreisen. Nur dann könnten sie ihre Wohnungen vermieten. Wenn der Gesellschaft auch die Kohlen mehr lohnten, so seien die weiblichen Kräfte billiger als die männlichen. Man wolle diese schlechte Bezahlung nicht einsehen. Auch die männlichen Beamten würden höchst bezahlt. Er kenne einen solchen, der 16 Jahre beschäftigt sei und das Höchstgehalt von 108 Mark monatlich erhalte. Wie solle er damit auskommen? Das Trinkgeld könne nur einer Gesellschaft, die solche Gewinne mache, nicht als Gehalt berechnet werden. Die Verteuerung sei durchaus nicht unangelegentlich. Fast zwei Millionen Mark haben die Straßenbahn 1915 an Fahrge pro Danziger also 10 Mark ein 25 Prozent davon seien für die Familie nicht ohne Bedeutung. Die Gesellschaft habe ferner die über zulässige Bezahlung der Stadtbahn beim Langjahr Abonnement aufgehoben. Auch die neue Beschriftung der Abonnement Karten vom 1. des Monats beginnen konnte, sei unbegründet. Der Vergleich mit der Eisenbahn könne durchaus nicht. Diese lasse billige Nebenarten zu, die die Straßenbahn nicht lasse. Sei der Tendenz, die die Verteuerung sei langsam betriebe, habe er auf keine Beförderung. Jetzt sei die Hauptfrage auf den vertretbaren Risiken, Langmarkt und Westlich Langjahr, rangieren. Dies sei so gefährlich, daß es geändert werden müsse. Leider gehe der Vortrag der Gesellschaft mit der Stadt, nach die 1912. Die Stadt habe also kaum die Möglichkeit, einzugreifen. Schließlich brachte die Gesellschaft aber auch einen Teil der Entlohnungen der Stadt. Dann sollte der Magistrat einwirken. Bei den Entlohnungen mit der Gesellschaft würde sich in der Stadtw. arbeiterversammlung keine Wahrheit für die Verteuerung des Vertrages finden. Zum zur besseren Entscheidung sollte die Gesellschaft entschlossen werden. Nach einer Zusammenkunft, die 20 Städte umfasse, liege die Danziger Gesellschaft unter Heiner Kamerer. Stadts. Dr. Grünspan erklärte, daß er nicht in der Lage sei, vor der Verteuerung abzugeben. Der Vortrag des Stadts. Dr. Grünspan wurde mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen. Die Stadtbahn sollte die Danziger Arbeiterbewegung zur größten Leistung in Danzig machen. Die Stadtbahn sollte die Danziger Arbeiterbewegung zur größten Leistung in Danzig machen. Die Stadtbahn sollte die Danziger Arbeiterbewegung zur größten Leistung in Danzig machen.

adern nicht, selbst. Sie würden wohl auch nicht erhöht werden. Die Entscheidung der Schaffnerinnen erfolge in der Weise, daß drei von ihnen den Lohn für zwei Schaffner erhielten. Man müßte übrigens sagen, daß die Fahrverhältnisse sich bedeutend verbessert hätten. Nichts ist doch niemand mehr, wie zu Anfang des Krieges, auf den Fußern.

Stadts. Kamalki erklärte die Ausführungen Kamalkis für übertrieben. Die Leitung der Gesellschaft sei sehr gut. In Königberg fahre man viel schlechter. Auch die Preise seien nicht teuer gegenüber der zweiten Klasse der Eisenbahn. Dr. Grünspan stellte sich ganz auf den Standpunkt Kamalkis. Er beklagte besonders, daß man für die kurze Strecke vom Alwoer Tor bis zum Petershager Tor und von Emmaus bis zum Petershager Tor 20 Bg. zahlen müsse. Die Gesellschaft rüste die Wagenführer nicht einmal mit dem notwendigen Werkzeug aus. Bei Unfällen könnten diese sich dann nicht helfen. Ein schwerer Unfall sei, daß man die Monatskarte nicht während des Monats beginnen könne. Die Verteuerung auf das Verteilung anderer Straßenbahnen könne erst in Frage kommen, wenn die Gesellschaft das Gute der anderen nachmache. Bankdirektor Warg meinte, daß kein Unternehmen so frühzeitig beurteilt werde, als ein Verkehrsunternehmen. Kamalki habe sehr einseitig gesprochen. 6 Prozent sei doch mit Rücksicht darauf, daß früher schon 7 Prozent gezahlt wurden, keine hohe Dividende. Man müsse doch auch an die Aktionäre denken. Darunter seien Rentiere, die keine Leucungszugabe erhielten und von russischen Papieren keine Zinsen bekämen. Das ungeübte Personal sei zu berücksichtigen. Die Stadt könne sich freuen, daß die Konzession bis 1932 laufe. Wenn sie bei Uebernahme die Löhne so erhöhen sollte, würde sie eine städtische Verwaltung tun müsse, würde sie erst sehen, welche Kosten er verursache. Stadts. Dr. Grünspan klagte besonders über die Unpünktlichkeit der Straßenbahn. Beschwerden bei der Direktion hätten nichts genützt. Die Zustände und das Gedränge auf dem Bahnhof Dina seien lebensgefährlich. Die schlechteste Straße, die man in Deutschland überhaupt kennen, sei die nach Neufahrwasser. Stadts. Lange schloß sich der Kritik Kamalkis in vollem Umfange an. Kamalki machte darauf gegen Warg geltend, daß man eine Verkehrsgesellschaft nicht mit einem anderen Erwerbsunternehmen vergleichen dürfe. Das Verkehrsunternehmen erhalte Berechtigungen, die kein anderes genieße. Vergleiche man in unzulässiger Weise, dann müsse man allerdings die notwendigen Aktionäre für zinslose Rufen schablos halten. Die Bürgererschaft könne aber fordern, daß sie auf ihren Straßen, die sie bezahle und der Gesellschaft kostenlos überlasse, billig fahren dürfe. Ueber diese Dinge könne aber nur reden, wer häufig fahre. Kamalki fahre jedoch auf Gummi und Warg nach Joppot. Die Herren von auswärts läßen bei ihrer Beurteilung wohl nur die schöne Allee. Die Ueberfüllung der Wagen sei besonders nach Schluß der Gewerfabrik und Artilleriewerkstatt lebensgefährlich. Man könne das Verhalten der Gesellschaft nur richtig vom Standpunkt der Bürgererschaft und nicht von dem des Aktionärs beurteilen. Stadts. Kamalki beklagte ebenfalls das unregelmäßige Fahren und andere Schäden. Dann stellte Stadts. Zimmermann die Beschaffung neuer Motoren in Aussicht. Er sprach auch sachkundig über die Verluste, die die Gesellschaft bei Ueberfüllung der Wagen durch nicht rechtzeitiges Kassieren erleide. Von seiner Tätigkeit im Aufsichtsrat fiel jedoch kein Wort. So endete die Besprechung. Sie beweist, daß die große Stadtgemeinde Danzig, deren Arbeit und Entwicklung der Gesellschaft stets steigende Einnahmen verschafft, gegen sie infolge des jammervollen Vertrages absolut schutzlos ist.

Zur Straßenbahn-Debatte

In der Stadtverordnetenversammlung erhielten wir mehrere Zuschriften. Ein Arbeiter der Gewerfabrik wendet sich gegen die Anschauung des Stadts. Kamalki, daß die Gesellschaft deshalb so hohe Einnahmen habe, weil die Arbeiter höhere Löhne erhielten und daher häufiger fahren könnten. Der Einseher weist diese Ansicht, wie wir es schon früher getan haben, als unrichtig zurück. Er führt aus, daß die vielen Ueberstunden die Arbeiter dazu zwingen, die Straßenbahn zu benutzen, um von ihrer knappen Zeit einige Minuten für sich zu gewinnen. Wenn auch die Löhne etwas gestiegen wären, so sei dies durch die weit höhere Steigerung der Lebensmittel mehrfach ausgeglichen. Tatsächlich genügen die Löhne jetzt noch weniger als früher für das Fahrgehalt. Der Einseher wünschte, daß dieser Gesichtspunkt in der Stadtverordnetenversammlung mit dem notwendigen Nachdruck vertreten worden wäre.

Wir können uns seiner Ansicht durchaus anschließen. Gerade dadurch wäre die Preissteigerung der Straßenbahn richtig charakterisiert worden.

Marktpreise.

Am 9. August wurden folgende Richtpreise festgesetzt: Schoten das Pfund 25 Pf., grüne Erbsen das Pfund 70 Pf., Weißbrot das Pfund 20 Pf., Mohrrüben ohne Kraut das Pfund 16 Pf., Kohlrabi die halbe Mandel (8 Stück) 30 Pf., Schnittbohnen das Pfund 30 Pf., Zwiebeln das Pfund 35 Pf., Pfefferlinge das Pfund 60 Pf., große Bohnen ohne Schale das Pfund 30 Pf., laure Kirichen das Pfund 55 Pf., Johannisbeeren das Pfund 30 Pf., Stachelbeeren das Pfund 40 Pf.

Für Kartoffeln ist leider keine Festsetzung erfolgt. Dabei steht der Preis für Frühkartoffeln, nach Aufhebung der Höchstpreise, auf 10 Pf. pro Pfund.

Der Eierpreis

rührt und rückt sich noch nicht von seiner inopitanten Höhe. Aufsteigend ist er dagegen tätiger. Am letzten Sonnabend kostete die Mandel in der Markthalle den üblichen Satz von 4,20 Mark. Auf Langgärten wurden von den Landleuten schon wieder 4,30 Mark und 4,40 Mark für 15 Stück gefordert. Am 9. August konnte in der Markthalle ein lehrreicher Vorgang beobachtet werden. Neben den 4,20 Mark für die Mandel wurde für das einzelne Ei 30 Bg. gefordert. Trotzdem waren aber angeblich nicht viele Eier veräußert. Von dem Stande einer Händlerin wurden dafür größere Mengen, etwa zehn Schock, nach einem anderen Stande gebracht. Die erste Händlerin erklärte auf Nachfrage, daß sie diese größere Menge an die zweite Händlerin für 4,25 Mark pro Mandel verkauft habe. Wenn dies der Einkaufspreis für den weiteren Handel ist, dann kann man sich auf die späteren Verkaufspreise einstellen. Die städtische Verwaltung scheint trotz der ausgezeichneten Organisation des Kriegserrichtungsamtes von diesen Dingen nichts zu wissen oder sie noch nicht für änderungsbedürftig zu halten. Dabei stellte Dr. Grünspan den großen städtischen Hühnerhof schon am 25. Juni auf dem Verbandstage der Bürgervereine in ganz bestimmte Aussicht. In Anlehnung an die nicht erfüllten Spargepropheten des Oberbürgermeisters möchte er sogar, unter allen Umständen, daß man nicht im Nachhinein verzeihen sollte, als man hatten könnte. Wir sind jetzt nach anderthalb Monaten noch genau derselben Ansicht. Leider hilft uns diese Erkenntnis gegen den Eierstand nicht das geringste. In Gastwirtschaften usw. diesen Eierpreisen jetzt nur noch 12 bis 3 und nach 7 Uhr abends obgegeben werden.

Wunderliche Mahnungen.

Auch die bürgerlichen Blätter Danzigs versuchen sich von Zeit zu Zeit in praktischen Ratschlägen zu den Ernährungs-schwierigkeiten. So äußern sich die neuesten Nachrichten am 7. August darüber, daß den Fischern in Bräsen und Steegen die Furcher schon am Pahn weggekauft werden. Das Blatt sieht hierin wunderbarerweise eine Beschränkung der Fischer, den Gang zum Fischmarkt bringen zu dürfen! Es rügt die Unfreundlichkeit, seinen Mitmenschen die Lebensmittel vor der Nase fortzukaufsen. Dann belehrt es die Hausfrauen, daß es sehr unklug und unflug sei, Zeit und Geld so zwecklos zu verwenden und dadurch den Preis zu steigern. — Wir wundern uns in dieser Hinsicht nachgerade über gar nichts mehr. Wer nicht einsehen kann, daß an diesen Erscheinungen ganz andere Dinge als die Unklugheit der Hausfrauen die Schuld tragen, dem ist durch keine Belehrung zu helfen. Wer den Danziger Fischmarkt kennt und die Frauen gesehen hat, die dort vergeblich warten, dem verbietet es der Ernst der Zeit und dieser Tatsachen, solche Redensarten zu machen.

Auch wir bedauern, daß die verhältnismäßig wenigen Fische, die an den Markt kommen, schon an der Küste weggekauft werden. Dadurch werden sie den Aermeren, die sie am notwendigsten gebrauchen, ganz entzogen. Dagegen hilft doch aber nicht ein inhaltloses Gerede über Unklugheit ufm. Man sollte eben von der Stadt dafür sorgen, daß die Fischer ihren Erwerbssinn nicht über die jetzt in erster Linie zu berücksichtigenden Notwendigkeiten stellen dürfen. Dies ist, wie wir längst gefordert haben, sehr einfach dadurch zu erreichen, daß die Stadt im eigenen Betriebe Fische läßt. Dann kommen die Fische stets auch dann an den Markt, wenn es nur unkluge Hausfrauen geben sollte.

Die G. m. b. H. - Speisehallen

behandelte der Direktor des Statistischen Amtes und stellvertretender Vorsitzender des Kriegsernährungsamtes, Dr. Grünspan, auch in seinem Jubiläumsartikel der Danziger Zeitung für den sogenannten Opfertag der Kriegshilfe. Er teilt darin nicht mit, daß es sich um die Unternehmungen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung handelt. Wohl aber erklärte er, daß die Nahrungsmittelbeschaffung für sie im wesentlichen durch die Stadt erfolgt, auf die auch die Anregung zur Gründung zurückgehe. Die Stadt besitze auch auf die Leitung und den Betrieb den erforderlichen Einfluß. Zu klar sind diese Bemerkungen kaum. Sie bestätigen einfach den hier üblichen Tatbestand, daß für eine in der Sache öffentlich-städtische Einrichtung eine private Form gewählt ist, um den Einfluß der beteiligten ärmeren Bürger auszuscheiden. Mindestens hat Dr. Grünspan aber dankenswerter Weise festgestellt, daß die Verantwortung für die Zustände in den Speisehallen auf die Stadt zurückfällt. Diese Zustände sind, wenn man einer am 8. August in der bürgerlichen Lokalpresse veröffentlichten Zuschrift der G. m. b. H. glauben kann, ausgezeichnet. Die Herrschaften scheinen schließlich noch darüber erstaunt zu sein, daß die Hallen noch nicht geschlossen werden brauchen. Von der Forderung, die Rechtsanwalt Zander in der Stadtverordnetenversammlung — er ist Ernährungs-sachverständiger des Generalkommandos — mahnend aussprach, daß man endlich die ernste Bedeutung des Ernährungsproblems auch in Danzig erfassen solle, läßt die Zuschrift keinen Hauch verspüren. Sie ist aber doch nicht ganz unrichtig. Nach ihr sollen viele Eßlustige deshalb abgewiesen werden müssen, weil sie keine Fleischkarte mitgebracht haben. Selbstbewußt meint das Schreiben, diese Abgewiesenen hätten in der Speisehalle kein Fleisch erwartet oder sich nicht über die Vorschriften unterrichtet! Nach unseren Erfahrungen hätte die Leitung viel mehr Grund, ihr kritisches Interesse aus anderen Gründen zu betätigen. Am letzten Sonntag, den 6. August, mußten mehrere Personen folgende Erfahrungen machen: An allen G. m. b. H. - Speisehallen verkündet ein Wafat, daß das Essen bis 1 1/2 Uhr nachmittags abgegeben wird. In diesem Sonntag waren bestimmte Besucher schon um 1 1/2 Uhr an der Speisehalle Langgarten. Diese war jedoch geschlossen. Anscheinend ist sie an diesem Tage überhaupt nicht geöffnet gewesen. Es fand sich jedoch nicht die geringste Mitteilung oder Andeutung, die darauf hindeutete. Darauf begaben sich die Besucher nach der Speisehalle Dominikswall, wo sie kurz nach 1 1/2 Uhr eintrafen. Etwa 40 Wartende standen noch vor der Tür. Diesen allen wurde gleich darauf erklärt, daß sie nichts bekommen könnten. Weil sämtliches Essen bereits verkauft war! Man kann verstehen, welche bitteren Bemerkungen hierdurch verursacht wurden. Ein Mann klagte, daß er schon die ganze Woche vergeblich gekommen sei und dabei müsse er auch am Sonntag arbeiten. Die schon von Langgarten gekommenen Besucher wagten noch den Weg zur Speisehalle in der Wallgasse. Als sie dort gegen 1 Uhr eintrafen, fanden sie auch diese schon geschlossen. Ein Wafat verkündete, daß das Essen ausverkauft sei. Jede Kritik würde die Wirkung dieser schlichten Tatsachenschilderung nur aufheben. Es ist eben die Großstadt Danzig, das Kulturbolwerk im Osten, in dem solche Dinge, unter der Verantwortung des Magistrats, wie Dr. Grünspan schrieb, vorkommen.

In demselben Sonntag mußte ein Metallarbeiter, der jagar Abonnent der Speisehalle Dominikswall ist, ebenfalls besondere Erfahrungen. Weil er an diesem Sonntag vormittag im Aufstellungsdienst zu arbeiten gezwungen war, konnte er erst vor 2 Uhr, also nach dem Wafat immer frühzeitig, eintreffen. Ihm wurde einfach erklärt, daß er kein Essen mehr erhalten könne, weil alles verkauft sei. Der Abgewiesene ist ein Mann von gutem Aussehen, auch in der Kleidung und gebildeten Umgangsformen. Unter Beratung auf sein Abonnement fragte er, wo er denn nun Essen bekommen solle. Die Antwort war die wiederholte Abweisung. Naturgemäß wurde der Zurückgewiesene dadurch nicht gesättigt. Als er weitere Einwendungen machte, holte man einen Schuchmann und ließ ihn durch diesen hinausbringen! Dem Schuchmann folgte der so unfreundlich Behandelte ebenfalls, bat diesen aber auch um Auskunft, wo er denn nun Essen bekommen solle. Die Schuchleute haben in solchen Fällen ganz gewiß keine leichte Aufgabe und bemühen sich unterer Diffens stets, die Zurückgewiesenen rückwärts zu behelligen. So meinte dieser Beamte, die Speisehalle sei doch

zur eine Wohltätigkeitseinrichtung, die doch schließlich keine Verpflichtung zur Speisung hat. So gut diese Verurteilung gemeint war, so sachlich unrichtig ist sie. Die ganze Unzulänglichkeit der Speisehallen beruht leider darauf, daß die städtische Verwaltung sie nicht als soziale und notwendige Einrichtung beträcht, sondern sie, trotz aller Räte des Krieges, nur als Wohltätigkeitseinrichtung angesehen wissen will. Da man auch die Arbeiterorganisationen noch immer von ihnen hermetisch abschließt, so braucht man sich über ihr Versagen nicht zu wundern. Fragen muß man aber schließlich doch, wie lange diese Zustände noch bestehen sollen? Himmelblaue Zeitungsbeschuldigungen, die kein Mensch mehr ernst nimmt, können doch über den Ernst der Lage nicht hinwegtäuschen.

In nächster Zeit soll auch in Langfuhr von der G. m. b. H. eine Speisehalle, Bahnhofstraße 11, eröffnet werden. Zugleich soll dort, Hauptstraße 106, die Einrichtung einer Mittelskandelskuche erfolgen. Das die Notwendigkeit der Einrichtung bei der zu demselben Zeitpunkt erkannt ist, genügt wohl. Für später ist eine weitere Speisehalle in Danzig, Bastion Ausringung, beabsichtigt. Für Neufahrwasser hat man sich noch immer nicht entschließen können.

Städtisches Gefrierfleisch

wird vom 11. August schon für 2,60 Mark pro Pfund verkauft. Es wird auch dabei kein Unterschied in der Güte der Stücke gemacht. Ueber die Höhe dieses Preises haben wir nach unserer früheren Kritik nichts mehr zu sagen.

* **Beschlagnahme der gesamten Molkereibutter.** Gemäß § 30 der Verordnung vom 20. Juli 1916 treten, wie amtlich durch das M. L. B. mitgeteilt wird, die Vorschriften der Verordnung über den Verkehr mit Butter vom 8. Dezember 1915 und über vorläufige Maßnahmen auf dem Gebiet der Fettverjorgung mit dem 12. August 1916 außer Kraft. Von diesem Tage an ist die gesamte Molkereibutter zugunsten der Kommunalverbände beschlagnahmt. Der Reichsstelle sollen nach § 21 der neuen Verordnung die durch den Verteilungsplan festgesetzten und sonst etwa sich ergebenden Lieberschüsse seitens der Landesverteilungsstelle geliefert werden. In der ersten Zeit werden sich jedoch gewisse Liebergangsschwierigkeiten ergeben. § 10 der Verordnung vom 20. Juli 1916 sieht daher einen Erlaß von Liebergangsbestimmungen vor. Diese sind nunmehr erlassen. Danach sind die bei den Molkereien bis 12. August 1916 beanspruchten Mengen auch nach dem 12. August 1916 an die Zentral-Einkaufsgesellschaft bzw. Landesverteilungsstellen abzuliefern. Inwieweit erleiht § 10 der Verordnung vom 20. Juli 1916 für die erste Zeit eine Abänderung. Für die Ablieferungsverpflichtungen gelten die Vorschriften der Verordnung vom 20. Juli 1916. Dementsprechend greifen auch die für den Fall der Nichterfüllung der Ablieferungs- und Abziehungsverpflichtungen in der Verordnung vorgeesehenen Strafbestimmungen, die schärfer sind als die früheren, Platz.

* **Eine Verordnung über eine allgemeine Bestandsaufnahme** hat auf Antrag des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes der Stellvertreter des Reichszanzlers erlassen. Als Termin ist der 1. September festgesetzt worden. Die Aufnahme soll sich einerseits auf sämtliche privaten Haushaltungen erstrecken, andererseits auch die Bestände ermitteln, die sich im Gewahrsam der Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften befinden, ferner die Bestände der Anstalten aller Art, die Gewerbe- und Handelsbetriebe aller Art. In den Privathaushaltungen mit weniger als 30 zu versorgenden Haushaltsmitgliedern beschränkt sich die Pflicht zur Anmeldung der vorhandenen Vorräte nur auf vier Warengruppen, nämlich: 1. Fleischaufbewahrung (Schinken, Speck, Würste, Rauchfleisch, Pöselfleisch und andere Fleischaufbewahrung); 2. Fleischkonserven, reine Fleischkonserven in Büchsen, Dosen, Gläsern usw.; 3. Fleischkonserven mit Gemüse und anderen Waren gemischt in Büchsen, Dosen, Gläsern usw.; 4. Eier; während für die ganz großen Haushaltungen mit 30 und mehr Personen sowie für die Gemeinden, öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten, Gewerbe- und Handelsbetriebe usw. für im ganzen 33 verschiedene Waren und Warengruppen die am 1. September 1916 vorhandenen Vorräte anzumelden sind. Die Landeszentralbehörden können die Erhebung auf andere Gegenstände ausdehnen.

Zu den Fleischvergiftungen

in Emaus und Schilditz, über die wir in der letzten Nummer sprachen, äußern sich das Westpreussische Volksblatt und die neuesten Nachrichten am 9. August anscheinend aus amtlichen Quellen. Klarheit wird aber durch diese Mitteilung in die eigentümliche Affäre, die fast 200 Erkrankungen und einen Todesfall veranlaßt, nicht gebracht. Nach den jetzigen Angaben soll das tote, geschlachtete Tier, ein junger Bulle, dem Pächter des städtischen Rieselgutes Heubude gehört haben. Wegen der Krankheit hätte es überhaupt nicht verkauft werden dürfen. Die Abschichtung und höchstens der Verkauf durch die Freibank wären allein zulässig gewesen. Ein Zwischenhändler des Viehhandelsverbandes soll jedoch das Tier an den Fleischer Lubnau in Emaus verkauft haben. Wer diesen Verkauf veranlaßte, der Pächter oder der Viehhändler, bleibt, obwohl es für die Beurteilung der Sachlage erheblich ist, ungeklärt. Fleischermeister Lubnau soll wieder gegen die Vorschriften verstoßen haben, das Tier in die Rühlhalle zu bringen. Am 25. Juli soll die Schlachtung erfolgt sein, wobei der untersuchende Tierarzt die Krankheit feststellte. Trotzdem kam das frische Fleisch am 29. Juli durch Lubnau zum Verkauf. Um seinen Zustand zu verbessern, wurde es, die übliche Rettung für zweifelhaftes Fleisch, zu Klopsfleisch verarbeitet. Teile davon sind aber auch ungerichtet verkauft worden. Es sind dann auch Erkrankungen nach dem Genuß von Klopsfleisch, wie auch nach den anderen Stücken, eingetreten. Aus den Ausstellungen der neuesten Nachrichten scheint hervorzugehen, daß die Hauptschuld in der Angelegenheit bei dem Pächter des Rieselgutes liegt. Das Blatt behauptet, daß der dort bereits hinzugezogene Tierarzt die Ablieferung des Fleisches nach dem Danziger Schlachthof gefordert habe. Es ist doppelt unverständlich, wie derartige in einem großen Betriebe, der der Stadt gegenüber doch

immerhin wenigstens moralische Verpflichtungen hat, vorkommen konnte. — Das Westpreussische Volksblatt zeigte sich eines Tages ungehalten darüber, daß die Gemeinde Emaus das infolge des Fleischgenusses verstorbenen Mädchen Ziegert nicht auf öffentliche Kosten, sondern nur im Armenwege beerdigen wollte. Eine weitere Klärung dazu ist von dem Blatt leider nicht erfolgt. Es wäre doch aber von nicht unbedeutendem Interesse, von ihm selber zu hören, welche Art der Beisetzung erfolgte und wie es jetzt darüber urteilt. Unseres Wissens ist es beim Armenbegräbnis geblieben. Die Mitteilung der neuesten Nachrichten, daß das verstorbene Kind herkrankt war, obwohl ärztlich der Tod durch Fleischvergiftung festgestellt wurde, ist — gelinde gesagt — bei dem Ernst des Falles eine Beschamung, die dem Blatte bei der Tochter eines Kommerzienrates wohl kaum passiert wäre. — Hoffentlich wird der Definitivität die endgültige Klarstellung des überaus ernstes Falles recht bald und erschöpfend gegeben werden.

— **Höhere Unterstufungen für Kriegesfamilien.** Die zweite württembergische Kammer hat die Regierung ersucht, sie solle im Bundesrat für eine Erhöhung der Reichsunterstützung für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer eintreten. Der Minister des Innern sagte dies zu. Eine Erhöhung der Unterstufungsätze ist unbedingt notwendig.

— **Pfändung von Kriegeswitwen.** Ein Professor H. J. schreibt der „Täglichen Rundschau“:

Um die wirtschaftlichen Interessen derjenigen, die durch den Krieg getroffen sind, zu schützen, sind bekanntlich eine Anzahl von Bestimmungen getroffen worden, z. B. auch die, daß ein Kriegsteilnehmer während des Krieges nicht gepfändet werden darf. Zu meinem Entsetzen höre ich nun vom Gerichtsvollzieher selber, daß hier an der Westfront im Operationsgebiet (Lothringen) Witwen von Männern, die im Kampfe fürs Vaterland gefallen sind und ihre Frauen und Kinder hilflos zurückgelassen haben, gepfändet werden dürfen. Natürlich unter Befehl des Notwendigsten, das jedem zu Pfändenden auch im Frieden befallen werden muß. So wird es z. B. jetzt auch hier einer mit Kindern begabten Kriegeswitwe gehen, deren Mann, nach wiederholten Verwundungen immer wieder in den Kampf ziehend, den Heldentod fand. — Es sind nur wenige tausend Mark Forderungen vorgebracht worden, und wegen dieser wenigen tausend Mark ist die Versteigerung der übrigen, äußerst wertvollen, erst kurz vor dem Kriege beschafften Wohnungseinrichtung angeht. Die Meute der Söldner soll schon hungrig nach der Beute spähen. Die Vorteile, die den Kriegsteilnehmern selber zustehen, sollten unbedingt auch den Witwen und Kindern derselben zugute kommen. Es bedarf hoffentlich nur dieser Anregung bei der Justizverwaltung, um hierin sofort eine grundlegende Änderung zu schaffen.

Ein neuer Kinderpielplatz

ist auf dem früheren Militärreitplatz am oberen Ende des Kaninchenberges eingerichtet worden. Der Platz ist hübsch gelegen und gibt unter den alten Bäumen auch Schatten. Die Freude der Kinder, die gerade in diesem Stadtteil keine Gelegenheit zum Spielen hatten und auf die Straße angewiesen waren, ist verständlich. Leider ist auch hierbei wieder ein schwerer Mangel geblieben. Wie auf allen andern Spielplätzen gibt es auch hier keine Trinkgelegentlichkeit für die Kleinen. Dabei haben wir schon häufig gewünscht, daß doch die bekannten praktischen Trinkspringbrunnen eingerichtet werden möchten. Die Kosten dafür sind wirklich nicht wesentlich. Mindestens jetzt hätte die Stadtverwaltung, auch wegen der Ernährung einigen Anlaß gehabt, die Trinkfrage nicht so vollständig zu übergehen. Hoffentlich dauert es nicht so lange, bis dieser Fehler behoben wird.

Der Verein der Danziger Gastwirte

beschäftigte sich am 9. August mit der von ihm geforderten Aufhebung des Alkoholverbots. Die zuständigen militärischen Behörden fordern, ehe sie an dieser sehr nützlichen Einrichtung rütteln lassen, zunächst den Nachweis, wo die behauptete Aufhebung oder Milderung des Alkoholverbots erfolgt sein soll. Dann dürften wahrscheinlich auch noch andere Danziger Stellen die Gelegenheit zur Äußerung über den Aufhebungswunsch erhalten. Da der Verein das Alkoholverbot auch im Namen der Freiheit bekämpft, so muß auffallen, daß er auch in dieser Versammlung noch nicht über den Antrag des sozialdemokratischen Vereins wegen Freigabe der Säle ohne Unterschied der Partei und Gesinnung beschlossen hat. Es läge doch weit näher, auch im rein geschäftlichen Interesse sich in dieser Hinsicht freibeitlich zu betätigen.

80 000 Mark für das Elektrizitätswort

forderte der Magistrat, um eine Gleisverbindung mit der Schlachthofbahn durch eine provisorische Ueberbrückung des Kielgrabens herzustellen. Von den verschiedensten Seiten wurde scharf gerügt, daß die Vorlage mit der unter Oberbürgermeister Scholz üblich gewordenen Pöhllichkeit eingebracht und ungenügend begründet war. Es wurde bemängelt, daß man sich auf die Erfahrungen der beiden letzten Winter berufe und jetzt erst im August mit der Vorlage komme, wo kaum genügend Zeit bleibe, um den Bau bis zum Winter auszuführen. Es hätte nicht viel gefehlt und die Vorlage wäre, ähnlich wie bei der Wasserfrage, zurückgewiesen worden. Die Bewilligung erfolgte auch nur unter der Bedingung, daß vorher von der Baukommission zugestimmt werde.

* **Eine neue Bekanntmachung betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder** ist, wie man uns schreibt, erschienen, die an Stelle der bisherigen Bekanntmachung betreffend Höchstpreise von Leder tritt. Durch die neue Bekanntmachung sind die Höchstpreise für Leder entsprechend den kürzlich erlassenen neuen Höchstpreisen für Häute verändert und nelsach herabgesetzt worden. Auch die Bestimmungen über die Freigabe von beschlagnahmtem Leder und seine Verwendung haben Abänderungen erfahren. Anfragen von nichtamtlichen Stellen wegen der Bekanntmachung sind, sofern sie sich auf die Preise beziehen, an die Geschäftsstelle der Guichartierkommission für Lederhöchstpreise in Berlin W. 9, Zubackstraße 11-12, und sofern sie sich auf die Beschlagnahmebestimmungen beziehen, an die Meldestelle der Kriegs-

Nachfrageabteilung für Leder und Lederwaren in Berlin, obendra zu richten.

Die Bekannmachung tritt mit dem 1. September 1916 in Kraft. Ihr Wortlaut, der für die beteiligten Kreise von Wichtigkeit ist, ist an den Anschlagtafeln einzusehen.

Zum Kleiderbezugschein.

Ein Fachmann schreibt uns:

Die Donziger Zeitung veröffentlichte in der Morgenausgabe vom 2. Juli einen längeren Artikel unter der Überschrift „Zur Einführung des Kleiderbezugscheins“. Verfasser ist H. Keltke, Hauptschriftführer des Hirsch-Dunkerischen Gewerkschafts der Schneider aus Berlin. Der eigentliche Zweck der Arbeit blieb auch Sachverständigen unklar. Der Verfasser gab zu, daß die Bestimmung, nach der der Bezugschein nur für Bekleidungsstücke unter einem bestimmten Wert notwendig ist, vom sozialen Standpunkt abgesehen werden müsse. Es schien jedoch, als ob er dies auf sozialen Gesichtspunkten beruhende Urteil für oberflächlich hielt. In den weiteren Ausführungen äußerte er, daß in der Freigabe der Kleidung höheren Wertes kein Uebelstand zu sehen sei, weil dadurch nur den Bessergestellten gestattet werde, ihren Wohlstand zu dokumentieren. Dieses zweifelhafte Vergnügen solle man ihnen doch von Herzen gönnen und sie nicht darum beneiden. Schließlich deutete Keltke an, daß die fast freie Beschaffung der Kleidung für die zahlungssträchtigen gewissermaßen eine Belohnung dafür sei, daß sie durch ihr Kapital einem großen Teil ihrer Mitmenschen das Durchhalten wesentlich erleichtern.

Diese Ansichten sind recht seltsam. Sie gehen aber, was für den Sachverständigen doch Hauptache sein sollte, auf die entscheidenden Gesichtspunkte überhaupt nicht ein. Durch die Freigabe der Bekleidungsstücke, die einen bestimmten Wert überschreiten, wird nämlich eine wirtschaftlich nicht unwesentliche Gefahr erzeugt. Es ist dadurch die Möglichkeit gegeben, Stoffe und fertige Stücke im Preise so hoch zu stellen, wie es ihren Wert bei weitem nicht entspricht! Dann können sie auch ohne Bezugschein, Prüfung und Genehmigung gekauft werden. Auf diese Gefahr hätte Keltke doch zunächst hinweisen müssen. Sie besteht besonders für Danzig, wo der Magistrat, neben den Bezirksvorstehern, bei Betrieben über 50 Arbeiter auch die Arbeitgeber als Gutachter für die Notwendigkeit neuer Kleidungsstücke bestellt hat. Die Bezirksvorsteher nennt man hier allgemein Armenvorsteher. Dieses Amt üben die Herren nur nebenher aus. Wie sie neben ihrer sonstigen Tätigkeit als Kleiderprüfer tätig sein können, liegt auf der Hand. Man kann aus diesen Gründen verstehen, wie schwer der Weg zum Armenvorsteher werden wird. Noch weniger gern wird man dem Arbeitgeber den Wunsch zur Beschaffung eines neuen Rockes äußern. Dadurch steigt die Preisung, Kleidungsstücke ohne Prüfung und Bezugschein zu kaufen. Woraus dann wieder die Gefahr entsteht, den Preis über den Wert auch noch Kriegsbeginn zu erhöhen.

Zu diesen Ausführungen möchten wir noch bemerken, daß die Stadt Berlin auch die Leitungen der Gewerkschaften mit der Ausführung der Bezugscheine beauftragt hat. Der Danziger Magistrat hat dies Recht auch der Kriegshilfe erteilt. Warum er nun für das übrige Publikum nur die Armenvorsteher oder Arbeitgeber zu finden mußte, gehört wohl zu den tiefsten Ortsüblichkeiten. Schmachhaft und zeitgemäß wird dadurch das Verfahren selbstverständlich nicht. Zu der sonderbaren Ansicht des Herrn Keltke haben wir nichts mehr hinzuzufügen.

Vermehrung des Trinkwassers

In der letzten Stadtwortführungsverammlung war die Vorlage, durch die der Magistrat 50 000 Mark für Versuche zur Erhebung neuer Wassermengen forderte, an eine Kommission zur weiteren Verberatung gerichtet. Am 9. August wurden die 50 000 Mark bewilligt. Im Anschluß daran wurde aber ein weiterer Beschluß gegen den Magistrat beschloffen. Die gegen seinen Einspruch gewählte Kommission bleibt für die ganze Dauer der Verhandlungen bestehen, um ihr Ergebnis laufend kontrollieren zu können.

Aus Westpreußen

Die Lebensmittelversorgung in Odra

Den privaten Lebens- und Futtermittelhandel des Amtsbezirks Odra haben wir wiederholt besprochen und gerügt. Unsere Genossen Lemp und Seiler haben das gleiche in der Gemeindevorstanderversammlung getan. Trotzdem handelt der Odraer Amtsbezirksrat — als Privatperson — weiter mit Wohl, das ihm vom Landratsamt zur Versorgung der Bürger und der übrigen Einwohner überwiesen wird. Bei diesem Handel hat er kein schlechtes Geschäft gemacht haben. Der enorme Gewinn wird aber man der Gemeindefiskus überweisen. Von den Privatbesitzern wurde angeführt, damit sind viele Kreise der Bürgerchaft höchst unzufrieden. Diese Unzufriedenheit veranlaßte ihn auch auf einer privaten Zusammenkunft von fast allen Gemeindevorstellern. Die am Dienstag den 8. August in der Sitzung unserer dem Rat die Stellevertretenden Gemeindevorsteher Odortage.

Von solchem unerbittlicher Geiz wird uns darüber berichtet. Die Bestimmung der Gemeindevorsteher beschäftigte sich eingehend mit dem privaten Lebens- und Futtermittelhandel des Amtsbezirks. Dabei kam zur Sprache, daß Odra bedeutende Summen verdient habe. Man sprach in Odra von einem halben Mark. Die Lebensmittel konnten nämlich zu einem hohen Preis werden, daß der Preis für Lebens- und Futtermittel sehr niedrig war. Auf diese Weise wurde er der Gemeindefiskus mit 52 Pfennig verkauft. Die Lebensmittel wurden dafür 15 Pfennig bezahlt. Für den Rest aus Odra wurde für das Jahr 60 Pfennig gefordert und bezahlt. In Odra wird aber ein Mark in einem Jahre rund 400 Mark verdient haben. In einem halben Jahre hätte 200 Mark verdient. Das ist pro Sommer mit 1150 Mark ein Jahr, aber mit 10 Mark verbleiben dem 1350 Mark verdient. Die Gemeindevorsteher waren übereinstimmend der Ansicht, daß dieser unerbittliche Handel des Amtsbezirkers nicht mehr geduldet werden dürfe. In den Kreislagen eines Amtsbezirkers der von der Gemeinde beschickt werden möchte

auch die Versorgung der Einwohner mit Lebensmitteln von Odra wegen! Die vom Gemeindevorsteher besorgten Lebensmittel wurden zum Selbstkostenpreise an die Einwohner abgegeben. Würden dann noch Lebensmittel ergötzt, so müßten sie unbedingt der Gemeindefiskus überwiesen werden. Es dürfte nicht geduldet werden, daß der Amtsvorsteher aus dem Betrieb von Lebensmitteln privat Gewinne erziele. Die anwesenden 13 Gemeindevorsteher und 4 Schöffen einigten sich dahin, eine Eingabe an den Regierungspräsidenten zu senden und ihn zu bitten, die beschriebenen Zustände ein Ende zu bereiten.

Wir freuen uns, daß nun auch Männer aus dem Odraer Bürgertum bereit sind, sich gegen Zustände in der Gemeindevorverwaltung zu wenden, gegen die wir seit Jahr und Tag allein ankämpfen mußten. Wir werden uns auch weiterhin bemühen, auch auf anderen Gebieten Veränderungen zu schaffen, was dringend notwendig ist. Ueber den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit werden wir unsere Leser unterrichten.

Ein Justizurteil

beschäftigte für sich das Kriegsgericht zu Graudenz. Im Jahre 1898 wurde der Unteroffizier Jögge vom Infanterie-Regiment Nr. 141 von dem Kriegsgericht zu Graudenz wegen Unterschlagung zu acht Wochen Gefängnis und Degradation verurteilt. Obwohl der Angeklagte beharrlich beteuerte, daß er gänzlich unschuldig sei, wurde das Urteil vom Oberkriegsgericht bestätigt und die vom Angeklagten eingelegte Reklusion vom Reichsmilitärgericht verworfen. Jögge hat die ihm auferlegte Strafe verbüßt und trat dann in das Zivilleben über. Er betrieb jedoch unablässig das Wiederaufnahmeverfahren und den Bemühungen seines Verteidigers gelang es schließlich, das Graudener Kriegsgericht von der Unschuld des Angeklagten zu überzeugen. Dem Antrage auf Wiederaufnahme des Verfahrens wurde stattgegeben und der Angeklagte nach nochmaliger Verhandlung freigesprochen, da der Gerichtshof zu der Ueberzeugung gekommen war, daß der Angeklagte vollständig unschuldig sei. Die Kosten des Verfahrens, auch die der Verteidigung, wurden der Staatskasse auferlegt.

Verordnungen.

Das Stellvertretende Generalkommando des 17. Armeekorps hat im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand für die Dauer des Kriegszustandes angeordnet: 1. Sämtliche Empfänger von Deputat in Stadt und Land dürfen das ihnen vertraglich zustehende Deputat an Butter, Schmalz oder Speisefett nur noch in Höhe von 50 vom Hundert erhalten. 2. die in Deputat stehenden Saisonarbeiter dürfen von jetzt ab nur 125 Gramm Fett für die Woche und den Kopf erhalten. 3. An Stelle der wegfallenden Fettmengen sind die Deputatempfänger durch Geld oder durch Gewährung von Marmelade, Mus, Honig oder Syrup zu entschädigen.

Zu widerhandlungen gegen die Verbote sowie die Aufzögerung oder Anreizung zu solchen Widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahre bestraft. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Um das Einbringen der Ernte zu sichern, ist für den Bereich des 17. Armeekorps auf Grund der §§ 4 und 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand im Interesse der öffentlichen Sicherheit angeordnet worden:

Die mit Landarbeiten beschäftigten russischen Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen an den auf den 15. August und 3. September 1916 fallenden katholischen Feiertagen die Arbeit nicht verweigern. Arbeitsverweigerung oder vorfällige Nachlässigkeit in der Arbeit wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden. Der Versuch ist strafbar, ebenso die Aufzögerung oder Anreizung zu einer Widerhandlung.

Beitrag hat der stellvertretende Kommandierende General des 17. Armeekorps für seinen Befehlsbereich bestimmt:

Jede nach ihrem Stande, ihren Kräften und ihren Fähigkeiten geeignete Person männlichen oder weiblichen Geschlechtes ist, soweit es ihre eigenen Verhältnisse zulassen, verpflichtet, auf Erfordern bei allen landwirtschaftlichen Arbeiten im Bezirk ihres Wohnortes mitzuwirken und die ihr übertragene Arbeit mit Sorgfalt auszuführen. Die Heranziehung zur Arbeit erfolgt in den kreisfreien Städten durch Verfügung des Bürgermeisters, im übrigen durch den zuständigen Landrat oder Amtsvorsteher. Die Arbeit wird nach örtlichen Sitten entlohnt.

Gegen die Heranziehung zur Arbeit, sowie über die Entlohnung steht die Beschwerde an den Regierungspräsidenten offen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Die Entscheidung des Regierungspräsidenten ist endgültig. Arbeiter von Kreis- oder beamteten Ärzten befreien von der Arbeitsleistung. Falls die Witterungsverhältnisse es erfordern, ist die Heranziehung zur Arbeit auch an Sonntagen statthaft. Jede Arbeitsverweigerung, auch von vertraglich angestellten Arbeitern, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Neumark (Westpr.). Im Torfmoor versunken. In einer Torfgrube bei Jeglia badete der Hirt Ciesniowski. Er schwamm auf zusammengebundenen Schiffsbündeln, die sich aber plötzlich lösten, so daß er unterging. Auf sein Geschrei eilten in der Nähe befindliche russische Kriegsgefangene herbei. Der eine sprang ohne Zögern vollständig angekleidet in das Wasser, versank aber im Moore. Ein zweiter, der diesen retten wollte, kam auch nur mit knapper Not aus dem Sumpfe heraus. Als die beiden Verunglückten mit Hilfe herbeigeholter Personen aus dem Wasser herausgezogen wurden, war leider der Tod schon eingetreten.

Preussisch-Stargard. Der Tod bei der Ernte. Tödlich verunglückt ist am vergangenen Mittwoch das Dienstmädchen des Besitzers Delewski, Agnes Wolwed, aus Dombrinken. Beim Roggenabladen drang ihm die Stalgabel in den Hinterkopf, so daß es bald darauf starb.

Aus der Partei

Eily Braun

ist am 9. August an den Folgen eines am 6. August erlittenen Schlaganfalls im Alter von 51 Jahren gestorben. Es hat seinerzeit großes Aufsehen erregt, als die Tochter des Generals von Kressmann, in erster Ehe mit dem Philosophie-Professor von Giggel und in zweiter mit dem Genossen Dr. Heinrich Braun verheiratet, in die Partei eintrat. Sie war ein hochsinniger und geistvoller Mensch, der vom edelsten Idealismus durchglüht sich für das Proletariat und den Sozialismus einsetzte. Den Härten des Kampfes, die dem Ringenden jedoch auch nicht in der Partei erspart bleiben, war sie nicht gewachsen. Sie trat vom Parteikampf vor einiger Zeit zurück und legte ihre Erfahrungen in den bekannten Romanen Memoiren einer Sozialistin nieder. Ihr letztes Buch hieß Lebenssucher. Auch sie scheint das, was sie im Leben gesucht, nicht gefunden zu haben.

Briefkasten der Redaktion

Genosse W. 1. Persönlich kann man sich über so entsetzlich tiefstehende Anwürfe, die mit sozialdemokratischer Ueberzeugung gar nichts mehr zu tun haben, nicht erregen. Auch die neue Sünde kennzeichnet sich doch auf den ersten Blick als Erzeugnis blinder Geilheit und krankhafter Denunziationslust. Es ist natürlich wieder glatt erlogen, daß jemand von der Genossin Leu Briefe gefordert hat. Wie soll sich denn aber jemand, der seine absolute Grundfähigkeit sogar schon durch Denunziationen bei der Polizei bewiesen hat, in anderer Weise interessieren? 2. Sie haben recht, Gerade wegen des Armes und der Umstände ist die Anstellung bemerkenswert.

Ansichtskarten

von Danzig und seiner schönen nahen und weiteren Umgegend für Reisen und zur Erinnerung! Beste Ausführung, ein- und mehrfarbig, zu billigen Preisen.

Moderne Künstlerkarten

reiche Auswahl jeder Art, die hochkünstlerische und farbenprächtige Ausführung dieser Meisterwerke fördert den guten Geschmack und macht sie zur Zierde jedes Arbeiterheims

Unsere Feldgrauen bereiten wir dadurch hohe Freude. Kleine Rahmen ebenfalls vorräthig. Buchhandlung Volkswacht

Volkswacht
Danzig
Paradiesgasse Nr. 32

Druckarbeiten
für
Broschüre u. Private
in moderner
Ausstattung

Spezialität:
Massenaufgaben



Trustfrei

„Unsere Marine“

Zigarette 2½ Pfennig einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten Ihre alten anerkannter Qualitäten!

Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft, Dresden-A.
Zigarettenfabrik.

[287]

Während im Juni der Mangel so groß wurde, daß gar Brot
aufkärteln statt Kartoffeln ausgegeben werden mußten, weiß
schon die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer Nummer vom
1. August „von zuverlässiger Seite“ zu melden, daß sich jetzt
das heißt Anfang August, vielfach alte Kartoffeln in der Markt
in Gefahr des Verderbens befinden. Das Blatt bittet nun die
berufenen Stellen, auf die schleueste Verfüterung gefährdeter
Kartoffelbestände hinzuwirken. Man wird dieser Forderung
bei dem augenblicklichen Frühkartoffellegen durchaus beistimmen
können. Aber gleichzeitig wird man fragen müssen, unter
welchen verantwortlicher Obhut eigentlich diese Kartoffeln in der
kritischen Zeit standen. Ob nun landwirtschaftliche Selbstschutz
oder organisatorische Mißgriffe schuld sind, immer sollten die
Mißfäter ihrer unnachlässlichen Bestrafung überantwortet
werden.

* Die Kartoffelverfüterung freigegeben. Wie das W.
B. amtlich meldet, ist durch Anordnung des Kriegsernäh-
rungsamts vom 2. August das bisher bestehende Verbot der
Verfüterung von Kartoffeln aufgehoben worden.

* Ein Kriegswucheramt. Wie aus Berlin amtlich ge-
meldet wird, hat der Minister des Innern die Errichtung
einer besonderen Zentralstelle zur Bekämpfung des
Wuchers und sonstiger unlauterer Gebarungen im Verkehr
mit Gegenständen des täglichen Bedarfs verfügt, die dem
Königlichen Polizeipräsidenten in Berlin angegliedert wird und
die Bezeichnung „Kriegswucheramt“ führt. Das Kriegs-
wucheramt wird seine Tätigkeit am 15. August aufnehmen.
Es soll mit den Polizeibehörden und den Behörden der
Staatsanwaltschaft im ganzen Lande in rege Verbindung
treten und namentlich auch auf ein enges Zusammenarbeiten
zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten hinwirken.
Daher werden ihm sowohl Verwaltungsbeamte wie auch
Beamte der Staatsanwaltschaft zugeteilt. Die obere Leitung
des Kriegswucheramts liegt in der Hand des Polizeipräsidenten
von Berlin. Neben Beamten werden auch Sachverständige
aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen vom Minister des
Innern zu ständigen Mitgliedern des Kriegswucheramts
bestellt werden, damit in der wichtigen Tätigkeit des Kriegswucheramts
auch die praktischen Erfahrungen anerkannter Sachverständiger
gebührend zum Ausdruck kommen, außerdem wird dem Kriegs-
wucheramt, um eine ständige Fühlung mit den verschiedenen Ge-
werbezweigen und mit der Öffentlichkeit zu erhalten, ein beratendes
Ausgremium beigegeben, in dem Vertreter des Handels, der
Landwirtschaft, der Industrie, des Handwerks und der Ver-
braucher sowie im öffentlichen Leben stehende Männer durch
den Minister des Innern berufen werden. Das Kriegswucher-
amt soll die Bekämpfung des Kriegswuchers und ähnlicher
Unlauterkeiten einheitlich leiten und möglichst wirksam gestalten.
Namentlich hat es seine Aufmerksamkeit auf die Verfolgung
von Ueberschreitungen der Höchstpreise und übermäßigen Preis-
steigerungen, Zurückhaltung von Waren, Kettenhandel, den
Schwindel mit Ersatzmitteln und weitere derartige Mißstände
zu lenken. Seine Zuständigkeit erstreckt sich jedoch nur auf
Gegenstände des täglichen Bedarfs, nämlich Lebens- und
Futtermittel aller Art, rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und
Leuchtmittel, Waschmittel, Klebung und Schuhwerk. Der
Minister des Innern hat dem Kriegswucheramt umfassende
Befugnisse gegenüber den Polizeibehörden und den Preis-
prüfungsstellen beigelegt. Eine größere Zahl eigener Exekutiv-
beamter ermöglicht es dem Kriegswucheramt, in wichtigeren
Wucherfällen ohne Zeitverlust Ermittlungen im ganzen Lande
in Unterstützung der örtlichen Polizeibehörden anzustellen.
Ueber das Zusammenwirken zwischen den Behörden der
Staatsanwaltschaft und dem Kriegswucheramt hat der Justiz-
minister nähere Anordnungen erlassen.

Neue Höchstpreisregelung für Brotgetreide, Gerste und
Hafer. Der Bundesrat hat die bisherigen Bestimmungen über
die Höchstpreise für Brotgetreide vom 23. Juni 1915 und 17.
Januar 1916, für Gerste vom 23. Juni 1915 und für Hafer vom
23. Juli 1915 außer Kraft gesetzt. Damit ist, wie die „Wit-
teilungen aus dem Kriegsernährungsamt“ schreiben, entspre-
chend den Erwägungen, die zum Erlasse der Verordnung über
Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom
22. Mai 1916 geführt haben, die künftige Gestaltung der Preise
für die genannten Getreidearten in die Hand des R. E. U. gelegt
worden. Das R. E. U. läßt nun die zurzeit geltenden Preise
für Brotgetreide bestehen, ermächtigt aber die Reichsgetreide-
stelle bis zum 15. Dezember 1916, soweit es zur Erlangung der
notigen Herbstvorräte unbedingt erforderlich ist, eine Drusch-
prämie von 20 Mark für die Tonne zu bewilligen. Vom
1. April ab sollen die bisher geltenden Preise allgemein um 15
Mark für die Tonne herabgesetzt werden, damit die Land-
wirte veranlaßt werden, bis zum 1. April mög-
lichst ihr gesamtes Getreide abzuliefern. Um
rechtlichen Auffassungen und Mißdeutungen von vornherein
entgegenzutreten, ist hierzu bemerkt, daß auf Zahlung einer
Druschprämie an die Landwirte keineswegs mit Bestimmtheit
für die ganze Zeit bis zum 15. Dezember 1916 gerechnet wer-
den kann. Die Prämie, sei es zum höchst zulässigen Betrage,
sei es in geringer Höhe, wird nur dann bis zum 15. Dezember
1916 gewährt werden, wenn durch besonders reiches Ernte-
wetter die Reichsgetreidestelle selbst genötigt sein wird, die
Frühablieferungsperiode so lange hinauszuziehen. Jedenfalls
besteht keinerlei Aussicht, daß die Frist, während der Drusch-
prämien gezahlt werden dürfen, über den 15. Dezember d. J.
hinaus ausgedehnt werden wird. Im übrigen ist die Regelung
der Preise für Brotgetreide für das neue Wirtschaftsjahr eine
endgültige, derart, daß ihre Erhöhung über den jetzt festgesetzten
Stand völlig ausgeschlossen erscheinen muß. Auch für
Gerste und Hafer bleibt zunächst der geltende Höchstpreis
von 300 Mark für die Tonne bestehen. Dieser Preis schließt
die Frühdruschprämien in sich und wird später gesenkt werden.
Bei Gerste soll er nur bis zum 30. August, bei Hafer bis zum
30. September aufrecht erhalten werden. Bei Gerste wird
schon jetzt für die Zeit vom 1. bis 15. September der Preis auf
280 Mark für die Tonne festgesetzt; nach dem 15. September
soll der Preis für Gerste wie auch für Hafer bis zur Erreichung
des endgültigen Höchstpreises fallen. Die nähere Bestimmung
hierüber bleibt vorbehalten, bis sich der Zustand der Ernte über-
sehen läßt.

Wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Eier
hatte sich Frau v. Brehm aus Pölsow, Frau des Kammer-
herrn von Brehm, vor dem Stolper-Schöffengericht zu
verantworten. Sie wurde zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.
Derselben Ueberschreitung hatte sich Frau Majorats-
besitzer von Puffamer aus Glowitz schuldig gemacht,
die zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

Danziger Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung findet
Donnerstag, den 17. August, abends 8 Uhr, im Bürger-
garten in Schibitz statt. Zutritt nur gegen Vorzeigung
der Mitgliedskarte oder des Mitgliedsbuches.

25 Jahre deutscher Metallarbeiterverband.

Das erste Vierteljahrhundert des Bestehens des Metall-
arbeiterverbandes der größten Gewerkschaft der Welt, schloß
mit dem 1. August und fiel mit dem Ablauf des zweiten Jahres
des Weltkrieges zusammen. Die Danziger Ortsgruppe des
Verbandes besteht am 1. Oktober ebenfalls 25 Jahre. Beide
Gedenktage wurden durch die Organisation am Sonntag durch
eine festliche Veranstaltung im Bürgergarten begangen.
Dabei wirkte der Arbeiter-Gesangverein Sängerkreis und die
Freie Turnerschaft mit. Das Wetter war günstig und der
Besuch erfreulich, die Stimmung ausgezeichnet. Die Festrede
hielt Genosse Bartel im Garten. So weit die Schilderung
der Danziger Verbandsgruppe in Frage kam, konnte Redner
in der Hauptsache nach persönlichen Erfahrungen das Bild der
Vergangenheit entrollen. Er zeigte, wie aus ganz kleinen An-
fängen unter schweren Kämpfen gegen alle Mächte schließlich
auch in Danzig der Verband ein Machtfaktor geworden ist.
Dem ernststen Teil schlossen sich Unterhaltungen und Spiele an,
die mit einem gelungenen Fackelzuge im Garten endeten. So
konnte auch im Kriege gezeigt werden, daß die Pioniararbeit
der Gewerkschaft selbst in Danzig fruchtbringend geleistet ist.

Die Danziger Musiksteuer

steht leider viel näher vor der Verwirklichung, als allgemein
angenommen wird. Wie der Vorwärts unlängst mit-
teilen konnte, ist sie bereits vom Danziger Bezirksausschuß ge-
nehmigt und unterliegt nun der Beurteilung des zuständigen
Ministers. Dies Verfahren ist sonst nicht üblich. Es fällt
hierbei jedoch nicht weiter auf. Diese Musiksteuer ist
nämlich die erste im Deutschen Reich über-
haupt! Alle übrigen deutschen Städte haben auf den zwei-
selbsthaften Ruhm, sogar die Musik zu versteuern, bisher gern
verzichtet und denken auch jetzt nicht daran. Einzig die Groß-
stadt Danzig, das nordische Venedig an der Riviera der Ostsee,
geht nach dieser Kulturblüte. Um ganz sicher zu gehen, soll
sich erst das Ministerium über die gesetzliche Zulässigkeit
äußern. — Besonders auffällig ist, daß die Stadterhaltung
sich für diese Steuerreform gerade den Weltkrieg ausgesucht
hat. Seine Wirkungen sollten es auch den geschworenen
Feinden der Kunst verbieten, denen, die der Tröstungen der
Musik bedürfen, sie noch steuerlich abzutragen. Über während
des Weltkrieges hat man ja in Danzig die Kinosteuerung
der Krieger neu eingeführt und die Besteuerung der Kriegs-
invaliden, durch die Aufrechterhaltung der 600 Mark-Grenze,
neu befestigt. Wenn jemand die Tatsache der Klassenpolitik
in der kommunalen Besteuerung behaupten wollte, so könnte
er in der häufig liberal genannten Stadt Danzig überreiche
Beweise finden. Darüber wird nach dem Kriege sehr ernst
gesprochen werden müssen.

Ein etwas satyrisch veranlagter Musikfreund hat
an uns die Frage gerichtet, wie lange es nun wohl noch dauern
dürfte, bis man in Danzig eine Gese-, eine Licht- und eine
Luststeuer einführt! Für zu vorlaut können wir diese
Frage kaum halten. Uns ist ihre Beantwortung leider auch
in ablehnendem Sinne nicht gut möglich. Die weitere Frage
deshalb Herrn, warum wohl die Danziger bürger-
lichen Blätter für diese überaus erste Kulturfrage keine
Zeile übrig haben, können wir jetzt nicht mit der gewohnten
Deutlichkeit beantworten. Es genügt wohl auch, wenn
alle diejenigen, die ein Urteil in Kunstfragen
besitzen, dies Verhalten jener Zeitungen ent-
sprechend würdigen und danach handeln!

Erfolg des Opfertages.

Am 8. August äußern sich die bürgerlichen Blätter über
das Ergebnis des am 30. und 31. Juli für die Kriegshilfe ab-
gehaltenen sogenannten Opfertages. Die konservative El-
binger Zeitung hatte vorher geäußert, daß die Organi-
sation des Sammeltages unzulänglich gewesen sei. Die Lei-
tung habe die Uebersicht verloren. Ueber die vorläufig fest-
gestellte Gesamteinnahme von rund 84 000 Mark urteilt die
Danziger Zeitung als über ein glänzendes Er-
gebnis. Die Neuesten Nachrichten enthalten sich des
eigenen Lobes und geben nur die Ansicht der Kriegshilfe wieder,
die sich selber bescheinigt, daß sie ein schönes Ergebnis
erzielt habe. Betrachten wir es näher, so scheint auch diese
Bezeichnung rosig. Von den 34 000 Mark gehen nämlich, was
keineswegs niedrig ist, 14 000 Mark Unkosten ab! Es bleiben
somit nur 20 000 Mark Reinertrag. Um einen möglichst hohen
Ertrag zu bekommen, hat man verschiedene Mittel versucht.
Der Verkauf auf der Straße schien unzulänglich. Daher er-
hielten die Hausbesitzer Listen, um bei den Hausbewoh-
nern zu sammeln! Was dieses Verfahren bei der Danziger
Wohnungsnot allgemein und gerade in Silesia bedeutet, weiß
jeder Kenner. Auf diesen Ausweg hätte die Kriegshilfe besser
verzichten müssen. Man kann Freiwilligkeit gewiß sehr ver-
schieden beurteilen. Unter allen Umständen soll man dann
aber den Hausbesitzer ausschalten. Dann veranstaltete man
eine Lotterie, unter deren Gewinnen eine Handschrift
Hindenburgs und ein Geschenk der Kronprinzessin besonders
ziehen sollten. Für diese wurden 60 000 Lose zu 50 Pfg. mit
einem Gesamterlös von 30 000 Mark ausgegeben. Stellt man
unter Berücksichtigung dieser besonderen Maßnahmen den
Reinertrag des Opfertages 1915 mit 113 260 Mark den jetzt
wahrscheinlich erzielten 70 000 Mark gegenüber, so ist die

Einnahme um 43 000 Mark gesunken! Von einem
glänzenden Ergebnis ist danach rein zahlenmäßig nicht gut zu
reden. Wir stellen schon in der vorigen Nummer fest, daß die
Besitzer von Kriegsanleihen in Danzig jährlich zirka 12 Mil-
lionen Mark Zinsen erhalten. Diese hohe Summe ist das Er-
gebnis der Kriegszinsen von 5 Prozent. Im Frieden rechnete
man 4 Prozent als nicht niedrig. Ein Prozent Zinsen der
Danziger Kriegsanleihe ergibt fast genau 2½ Millionen Mark.
Gegenüber dieser Summe verblieben die
70 000 Mark vollständig. Ihr Wert sinkt noch mehr,
wenn man den Zweck berücksichtigt, dem sie dienen sollen.
Schon bisher hat die private Kriegshilfe ihre Aufgaben nur
dadurch lösen können, daß die Stadt von den monatlich über
100 000 Mark betragenden Ausgaben über 80 000 Mark zu-
schuß. Sie wird dies nach dem mageren Ergebnis der
privaten Sammlung in noch höherem Maße tun müssen.
Zu berücksichtigen ist auch noch, daß die 70 000 Mark wohl
vorwiegend von Minderbemittelten zusammengesommen sind.
Auf deren Schultern dürfen die Lasten der Kriegsfürsorge,
neben den sonstigen Kosten der durch den Krieg geschaffenen
Verhältnisse jedoch nicht gelegt werden. Der Versuch, die
Kriegsfürsorge privat zu betreiben, ist nach diesem Sammel-
ergebnis offenkundig gescheitert. Die Kriegs-
hilfe ist jetzt fast nur noch die private Zahl-
stelle öffentlicher städtischer Zuschüsse. Dann
darf aber auch der Charakter der Spenden nicht mehr an-
ders erscheinen. Jetzt ist es höchste Zeit, daß die Stadt die
Fürsorge für die Angehörigen der Krieger direkt übernimmt,
ihnen den Rechtsanspruch darauf einräumt und zugleich
die Zuschüsse so erhöht, daß sie dem tatsächlich vor-
handenen Bedürfnis wenigstens annähernd entsprechen.

Theorie und Praxis.

Die Münchener Post schreibt in der Nr. 182 am
6. August:

Am Donnerstagabend sprach — in München — in einer
gemeinsamen Versammlung des Gewerkschaftsvereins und des
Ortsstadts der christlichen Gewerkschaften der christliche Ge-
neralsekretär Stegerwald und erklärte unter allgemeiner lebhafter
Zustimmung, Deutschland habe die Pflicht und Schuldigkeit, für
die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der Gefallenen zu
sorgen. Am gleichen Tage, vormittags, behandelte man im
Münchener Gemeinderat die Grundzüge, nach denen
Kriegsbeschädigte in den städtischen Dienst einzustellen sind.
Und da brachten es die christlichen Arbeitervertreter fertig,
dagegen zu stimmen, daß den Kriegsbeschädigten als Grundlohn
der ortsübliche Tagelohn, 4 Mark 30 Pfennig, zugewilligt wird;
die christlichen Gemeindebeamten stimmten für einen
Grundlohn von 3 Mark 50 Pfennig. Dieser Gegenüberstellung
braucht man kein Wort hinzuzufügen. —

In der Danziger Ortskrankenkasse sind solche Widersprüche
bei den christlichen Vertretern durchaus üblich.

Erfolgslose Wünsche.

Die Danziger Neuesten Nachrichten klagten
am 8. August:

Mehrfach ist an die Gutsbesitzer und Gärtner die Bitte
ausgesprochen worden, Früchte zum Einmachen für die hiesigen
Lazarette und die Front zu schenken. In der Küche der Ver-
wundeten-Anstalt in der „alten Schichautonomie“ ist alles
zum Einkochen bereit. Flaschen und Steintöpfe sind in großer
Menge gesammelt worden. Hübschere Kräfte sind auch da.
Nur das Obst fehlt, und doch ist es so nötig, für die
Gelbgrauen Säfte und Marmeladen zu schaffen. Auch die
kleinste Sendung wird verwertet.

Nur das Obst fehlt! Wie wird dieser Satz in seiner
schlichten Bemeisrungskraft, wohl einige Jahre nach dem Weltkriege
beurteilt werden?!



Salem Aleikum
(Mahlmündstücken)

Salem Gold
(Goldmündstücken)

Zigaretten.

Einmal für Sie!

Preis: NE 3 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 12 Pfd. Stück

einschließlich Kriegsaufschlag.

Orient-Tobak u. Cigarettenfabrik, Versand-Dresden
An Hugo Zitz, Hoffmannstr. 17, D. Königsw. Sachsen.

Trustfrei!

Kinderspeisungen.

Diese Frage ist praktisch auch für die Zukunft von so hoher Bedeutung, daß wir die Ausführungen, die wir in unserer letzten Nummer darüber brachten, ergänzen müssen. Die Danziger Zeitung brachte am 22. Juli Betrachtungen über die Frage, ob wir bei der jetzigen Ernährung darben und vermeintlich. Dazu schrieb ihr ein hiesiger Arzt, es soll Dr. Solmssen sein, daß der Gesundheitszustand der neu in die Volkshäuser eingetragenen Kinder gegenüber dem Ernährungsstand vor dem Kriege nicht verschlechtert worden sei. Wir warnten dringend, sich von so einseitigen Beobachtungen etwa an der Durchführung städtischer Maßnahmen zur besseren Ernährung der Kinder abhalten zu lassen. Inzwischen ist uns eine längere Antwort auf die Frage des Nathens im Hinblick auf die Kinder zugegangen, die wir vorläufig zurückstellen. Wir haben schon in dem vorigen Aufsatz zum Beweise der Richtigkeit unserer Anschauung auf die praktische Kinderfürsorge der Stadt Frankfurt a. M. hingewiesen. Diese erschien uns damals besonders beweiskräftig und wertvoll, weil die alte freie Reichsstadt am Main viel bessere Vahne als Danzig aufweist. Wenn man dort städtische Ernährung armer Kinder einführt, so muß sie für Danzig doch mindestens so notwendig sein. Heute können wir uns auf eine andere Großstadt des Westens mit guten sozialen Verhältnissen beziehen. Die Stadt Hannover hat eine spezielle Kinderküche eingerichtet, in der sie Kindern im Alter von 5 bis 14 Jahren Essen gibt. Eine Portion gutes Essen, das an Selbstkosten 40 Pfg. fordert, wird an die Kinder für 10 Pfg. abgegeben. Vorläufig ist ein Versuch für die Speisung von 200 Kindern gemacht worden. Bei der Einrichtung sind, wie das im Westen selbstverständlich scheint, die Arbeiterorganisationen nicht übergegangen. Anmeldungen für diese Speisungen können auch durch den Arbeiterfürsorgeauschuß im Gewerkschaftshause erfolgen. Schnurrendes hat auf dem gleichen Gebiet die Stadt Berlin geleistet. Sie gab schon in den letzten Jahren jährlich über 500 000 Mark für die Speisung armer Schulkinder aus. Im Februar dieses Jahres beschloß die Stadtverordnetenversammlung ein mitig, die Schulspeisung in den städtischen Betrieben zu übernehmen. Diese eigene Regie soll nun vom 1. Oktober dieses Jahres beginnen. Besser kann man die unbedingte Notwendigkeit, die gute Entwicklung der Kinder zu sichern, nicht beweisen. Dieses praktische Vorgehen bedeutender Großstädte sollte auch von der hiesigen Stadtverwaltung nicht länger übersehen werden. Wir mahnen dringend, möglichst rechtzeitig, das heißt so schnell als irgend möglich, die Speisung der Kinder auch hier von der Stadt zu übernehmen!

Sozialpolitik im Kriege

Der hiesige Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat, wie wir ganz zuverlässig erfahren, an das königliche stellvertretende Generalkommando des 17. Armeekorps den Antrag gestellt: Eine Verordnung zu erlassen, daß im Baugewerbe nicht höhere, als die durch Tarifabschluß vereinbarten Minimal-löhne gezahlt werden dürfen. Außerdem wird verlangt, daß Leute aus dem Saubereu vom Militärdienst befreit und den hiesigen Bauunternehmern zur Verfügung gestellt werden sollen.

Dies Vorgehen ist so unbegründet, daß man sich nach Auf-

land verlegt glauben könnte. Nach Festsetzung der Tariflöhne sind die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel so erheblich gestiegen, daß die Löhne garnicht mehr mit dem Lebens-unterhalt in Einklang zu bringen sind. Alle Unterlagen zur Festsetzung der Löhne beim Tarifabschluß sind durch die Ver-hältnisse über den Haufen geworfen. Sie können für die Be-urteilung der jetzigen Lage der Arbeiter überhaupt nicht mehr benutzt werden. Fest steht ferner, daß der Abschluß der Tarife während des Bürgerkriegs in selbstverständlicher Erwartung billiger Rücksichtnahme durch die Unternehmer erfolgte. Es sind auch nicht — was besonders hervorzuheben ist — Höchst-löhne sondern Mindestlöhne vereinbart worden!

Unter den Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern herrscht ob dieses Vorgehens der Unternehmer tiefe Bestür-mung. Ihre Organisationen werden sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigen.

Danziger Kulturkudel

Ein Danziger Armenpfleger schreibt dem West-preussischen Volksblatt, Nr. 181, vom 9. August:

Von der Armenkuche zur Kriegerheimstätte.

Von einem Danziger Armenpfleger wird uns geschrieben: „Bei meinem letzten Armenbesuche kam ich auch zu einer Frau, deren Wohnung in der Altstadt mir besonders auffiel. Zunächst ging ich durch einen Gang, der so schmal wie ein breitschultriger Mann ist, ins Hinterhaus. Hier ein Hof von etwa neun Quadratmeter Größe und dann über drei Stufen hinunter in eine Wohnung. Hier wohnte die Gesuchte aber nicht. Der Eingang zu ihrer Wohnung lag in dem begrenzten angewandten Gang und war nicht so leicht zu finden. Der Eingang zu dieser Wohnung ist beschützt von einem Kiolett, das unter einer schmalen Treppe liegt und in das man nur in gebückter Haltung hineintreten kann, und in dem man auch gebückt stehen darf. Dieses Kiolett muß genügen für das ganze Haus. Eine Schulterbreite entfernt ist der Eingang in die Wohnung und zwar zunächst in die Küche. Wenn hier das würzige Mal auf-
set, dann ist gleichzeitig das Kiolett im vollen Be-trieb. Die Frau sagte mir, daß sie sich oft fast übergeben müsse, da sie diese Gegenstände nicht überwinden könne. Die Küche war nicht im Gegensatz zum Kiolett etwas üppig. Ein dunkler Vorraum von etwa 1 1/2 Meter Durchmesser, der zwei andere Räume schied, die von der Familie bewohnt wurden. Die Räume waren klein, vermahlroft und feucht. Wie ein verfallener Unterstand, worauf auch die Katten hinderten, die hier ihr Heim aufgeschlagen haben. Die Frau erzählte mir, daß ihr Mann seit August 1914 im Felde sei und daß es ihr nicht gelungen ist, ein besseres Heim zu finden. Kriegerheimstätte! Ich es mir da durch den Kopf. Diese braven herrlichen Männer draußen, diese Helden, können wir ihnen zumuten, nach ihrer Rück-kehr, nach ihrem begeisterten Einzuge in Danzig in solch eine Wohnung einzuziehen! Haben sie es nicht verdient, daß sie nach ihrer Heimkehr wenigstens die Aussicht erhalten, bald in eine Kriegerheimstätte einzuziehen, in der sie gesund wohnen, einen Garten bebauen und einen gesunden Nachwuchs aufziehen können? Ist das Vaterland, sind wir alle bei diesen Frauen nicht in der Schuld?“

Die Beschreibung der Wohnung dieser Kriegerfrau spricht Bände. Haben wir denn in Danzig keine Gesundheitspolizei?“

Wir bedauern, daß der Beobachter nicht das Haus ge-nauer bezeichnet, das solche Zustände birgt. Dadurch wollen wir aber nicht meinen, daß solche schaurigen Höhlen in der modernen Großstadt Danzig Seltenheiten sind. Sie sind es leider nicht! Sie zeugen deshalb für so vieles tief Beschämendes, nicht zuletzt auch für die Kriegsfürsorge der Stadt Danzig.

Heimarbeiterchutz im Rathaus.

Von welchem Gesichtspunkt im Danziger Rathaus sozial-politische Notwendigkeiten sogar unter dem Druck des Welt-krieges beurteilt werden, brauchte nicht mehr bewiesen zu wer-den. Trotzdem fiel die Art und Weise auf, in der am 8. August

in der Stadtverordnetenversammlung der Antrag sämtlicher Organisationen des Schneiderberufes um Fürsorge gegen die Folgen der jetzigen Arbeitslosigkeit erledigt wurde. Stadtr. Königsmann beantragte die Ueberweisung an den Magi-strat zur Berücksichtigung. Er empfahl den Antrag durch den Hinweis, daß die Arbeitszeit jetzt allgemein auf 40 Stunden wöchentlich herabgesetzt ist. Viele Stoffe dürften bald ganz fehlen und dadurch die Arbeit noch erheblich gemindert wer-den. Die Regierung solle nach Zeitungs-meldungen bereits Mittel zur Unterstützung angewiesen haben. Der Antrag for-derte nicht einmal in erster Linie Geldunterstützung, sondern Beschäftigung. Zweifellos sei Not, wie auch der städtische Arbeitsnachweis beweise, vorhanden. Darauf äußerte sich der städtische Sozialpolitiker, Magistratsrat Berent. Schon die äußere Art seines Auftretens ließ nicht viel erwarten. Er meinte, auf die Eingabe seien vom Magistrat Ermittlungen vorgenommen. Bei 200 Arbeitslosen, die die Gewerkschaften angeben hätten, hätten Hausermittlungen stattgefunden. Bei den Männern könne von einer Arbeitslosigkeit überhaupt nicht geredet werden! Auch bei den Frauen zeigten sich gün-stigere Ergebnisse, als die Eingabe und Zeitungsartikel be-hauptet hätten. So weit Arbeitslosigkeit bei Heimarbeitern vorhanden sei, sei das nicht etwa eine Folge des Krieges. Es sei einfach die Rückkehr zu den Verhältnissen, die vor dem Kriege bestanden hätten. Trotzdem werde der Magistrat den Verhältnissen seine Aufmerksamkeit zuwenden. Arbeit anweisen und eventuell auch Unterstützung zahlen. Diese in anderen Städten mehr als kaisame sozialpolitische An-schauung deutete nicht einmal an, ob die Zahlung von Armen-unterstützung gemeint wurde. Der Hirsch-Dundersche Stadtr. Nitsch wendete sich dann auch, wenigleich sehr zert, gegen Berent. Er könne der Ansicht, daß der Krieg die Arbeitslosig-keit nicht verschuldet habe, nicht ganz zustimmen. Die Ver-kürzung der Arbeitszeit sei doch zweifellos eine Folge des Krieges. Bei der Zumeilung von Arbeit müsse man auch berücksichtigen, daß die Schneider schwere Arbeit nicht leisten könnten. In anderen Städten habe man bereits Mittel zur Unterstützung bereit gestellt. Auch hier solle man die Sache nicht so lange hinausschieben, bis die Arbeitslosigkeit noch größer werde. Ebenso wie vorher erwiderte Berent, es seien Bestrebungen im Gange, um durch die Verbindung des städtischen Arbeitsnach-weises mit privaten und Heeresbetrieben Arbeit zu beschaffen. Sollte dies nicht genügen, so würden auch alle weiteren Mittel er-wogen werden. Dann wurde der leider sehr wenig sagende Antrag Königsmann mit nicht erheblicher Mehrheit angenommen. Von der Hausbesitzer- und Bürgerpartei stimmten nur einige Stadtverordnete dafür. Dabei hat be-sonders die Bürgerpartei vorwiegend durch die Unterstützung der christlichen Arbeiter ihre Siege im Rathaus erhalten. Viel bedeutet der Beschluß, der den Magistrat nach keiner Rich-tung bindet, nicht. Es ist nicht einmal der Schutz ge-schaffen, daß den Arbeitslosen in anderer Weise als durch Armenunterstützung geholfen werden muß.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur H. Bartel, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

BORG'S Hindenburg-Zigarette
etwas ganz Hervorragendes. 3 1/2 Pfg. überall erhältlich.

Bekanntmachung!

Am 8. August 1916 ertheilt eine neue Bekannt-machung betr. Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder.
Die Bekanntmachung ist in vollem Wortlaut in den Regierungsamts-, in Kreisblättern und in Anschlägen ver-öffentlichet.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg.
Den 8. August 1916.
Stabsführer des Generalkommandos XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Kommandanten der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Echt garantiert reingekachelten
Schnupftabak
aus erstklassigen Kautschukblättern empfangen die Schnupftabaktheile
Julius Gosda, Danzig
Rohrtabakhandlung
Häkergasse 5. II. Priestergasse nahe der Markthalle.

Außerordentliche Mitgliederversammlung
des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt
Donnerstag den 17. August 1916, abends 8 Uhr
im Bürgergarten in Schidlitz.
Die Genossinnen und Genossen werden zur zahlreichen Beteil-lung ersucht.
Der Vorstand, E. Sellin.

Uhren
mit 3jähriger schriftl. Garantie
Große Auswahl
in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren
Wekkeruhren in allen Preislagen
S. Lewy Nfigr.
Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

Gelesene Nummern der Volkswacht werfe man nicht
schlieflos fort, sondern lasse sie uns
nach Fernschreibern zukommen.

Trauer-
Hüte
in
reicher
Auswahl.
Blusen
Handschuhe
zu billigsten
Preisen.
Julius
Goldstein
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.

Konversations-Lexikon
entweder Brockhaus 14. oder Meyer 6. Auflage, voll-ständig und gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter R. 560 an die Geschäftsstelle d. Volkswacht erbet.

Dr. Gentner's
Lederöl
Stang
nach Vorschrift der Militärbehörde zusammen-geleitet.
:: :: Vortugliches :: ::
Leder-Erhaltungsmittel.
In Originalgläsern und offen.
Alleiniger Fabrikant auch des ber-liebten Tranlederfettes Tranolin und des Del-Wachlederputzes Rigrin (keine ab-schürfende Wassercreme).
Carl Gentner, Göppingen (Württemberg).

Mass-Anfertigung
feinster
Herren-Bekleidung
Beste Verarbeitung
Sehr mäßige Preise
Eugen Hasse
Könienmarkt 14 15.
Fernsprecher 1854.

Unstetig, Annafide 40er Jahre
nicht leichte Arbeit im Geschäft
oder: Fabrik, erst bei freier Station.
Diert. u. V. 14 an die Exp. d. Sig.
Für 2 Mann in eig. Zimmer sind
Schwamm, fr. Jungferngasse 6a, 1 E. 1.
Die deutsche Sozialdemokratie
und der Krieg.
Eine Rede von J. Scheidemann,
gehalten in einer
Breslauer Volksversammlung
am 20. Juni 1916.
Preis 20 Pfennig.
Durchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse 32.